

lwvinfo

ZEITSCHRIFT DES LANDESWOHLFAHRTSVERBANDES HESSEN

schwerpunkt | kurzmeldungen | wortmeldungen | personalien

„Was die Seele krank macht“

Es war nicht die übliche, eher förmliche Konferenzatmosphäre: Einzelne und in Gruppen eilten mehr als 800 Schülerinnen und Schüler, Pädagogen und anderen Interessierte durch Foyers und Säle des Kasseler Capitol Kinos. Sie waren nicht etwa unterwegs zu James Bond oder Sylvester Stallone, sondern zu einer der vielen Präsentationen des Kongresses zu Schule und seelischer Gesundheit, der unter dem Titel „Was die Seele krank macht“ stand. Erstmals hatte die kinder- und jugendpsychiatrische Klinik Kassel des ZSP Kurhessen im Januar zu einer Veranstaltung eingeladen, die über den Umgang mit psychischen Problemen Jugendlicher aufklären sollte und dabei die Zielgruppe direkt im Visier hatte.

| Mehr zum Thema
Seite 7



Foto: Reinhard Groß, Hessischer Landtag

„Erinnerung ist das Geheimnis der Erlösung“ –

Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus im Kasseler Ständehaus

Auf Einladung des Hessischen Ministerpräsidenten, des Präsidenten des Hessischen Landtages, des Landesdirektors des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen sowie der Präsidenten der Kommunalen Spitzenverbände in Hessen haben am 26. Januar 2007 die Teilnehmer einer Gedenkveranstaltung im vollbesetzten Kasseler Ständehaus der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Die Veranstalter griffen eine Empfehlung des früheren Bundespräsidenten Roman Herzog auf, der 1996 angeregt hatte, dem 27. Januar eines Jahres Gedenkveranstaltungen für die Opfer des Nationalsozialismus zu widmen – jenem Tag, an dem 1945 das Konzentrationslager Auschwitz befreit werden konnte. Der Hessische Landtag führt seitdem eine jährliche Gedenkstunde durch, nun zum ersten Mal in Kooperation mit den Kommunalen Spitzenverbänden und dem Landeswohlfahrtsverband Hessen.

| Seite 10

Aus der Verbandsversammlung

Abgeordnete und Beigeordnete der XIV. Wahlperiode

Seite 2

Wortmeldungen

Die Fraktionen der Verbandsversammlung zu wichtigen Themen

Seite 8

100 Jahre Heilstätte

ZSP Am Mönchberg
Hadamar

Seite 16

„Rettungsanker im Gepäck“

Schwerpunkt: Integrationsfachdienst Wiesbaden im Porträt

Seite 26

Menschen im LWV

Gehrt – Gewechselt – Aufgefallen

Seite 30

Hessisches Sozialparlament startet in XIV. Wahlperiode

Zur Eröffnung der konstituierenden Sitzung sagte Landesdirektor Uwe Brückmann: „Nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge haben wir unter den 75 in den Wahlkreisen gewählten Abgeordneten 21 Damen und Herren, die neu in die Verbandsversammlung eingerückt sind. Egal ob neues oder schon länger tätiges Mitglied der Verbandsversammlung, hervorzuheben ist auch in der neuen Wahlperiode der sozialpolitische und der finanzpolitische Sachverstand, der im Hessischen Sozialparlament zusammenkommt. Wir werden für die vor uns liegenden Aufgaben Persönlichkeiten haben, die über einen kommunalpolitischen, einen verbandspolitischen oder einen explizit fachlichen Hintergrund verfügen. Diese Qualifikationen werden dazu beitragen, dass die Beratungen im Plenum, in den Ausschüssen und Kommissionen oder Aufsichtsräten stets fach- und sachbezogen stattfinden können.“

Seit Beginn der XIII. Wahlperiode befasst sich die Verbandsversammlung mit der ‚neuen Rolle der Politik‘. Auch heute steht die Bildung eines ‚Ausschusses für Parlamentsreform‘ auf der Tagesordnung. Seinerzeit wie heute unterliegt der Tätigkeit dieses Ausschusses die Erkenntnis, dass Veränderungen in den Aufgabenfeldern des LWV und insbesondere der inneren Abläufe der Verwaltung auch Auswirkungen und Rückwirkungen auf die Arbeit seiner Selbstverwaltungsgremien haben. Sie haben sich entschlossen, sich diesen Herausforderungen in den kommenden fünf Jahren zu stellen. Dazu möchte ich Ihnen – gemeinsam mit Frau Erster Beigeordneter Schönhut-Keil – eine konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit anbieten. Ich bin sicher, dass die Verbandsversammlung ihrer Verantwortung als einer wichtigen Instanz für die soziale Infrastruktur im Bundesland Hessen gerecht wird. Wer die parlamentarische Kultur in diesem Hause kennt, weiß, dass hier breit und mitunter auch kontrovers zur Sache beraten wird, dass aber stets nach einer optimalen Lösung gesucht wird. Ich wünsche der Verbandsversammlung in ihrer XIV. Wahlperiode bei dieser Suche jederzeit eine glückliche Hand.“

Zur politischen Kultur eines Gemeinwezens zählt die Etablierung und Pflege demokratischer Spielregeln. Die breite Unterstützung des Kandidaten der stärksten Fraktion gehört zum festen Bestand dieses Sets an Gepflogenheiten in den meisten Parlamenten dieses Landes. Wenn der Kandidat darüber hinaus als faire und konziliante Persönlichkeit allseitige Wertschätzung genießt, befördert dies die Entscheidung. Zu einer solchen Einschätzung müssen die Abgeordneten der Verbandsversammlung des LWV bei der Wahl ihres künftigen Präsidenten im vergangenen Dezember gelangt sein. Wohl kaum wäre sonst das Votum derart eindeutig ausgefallen: 74 von 75 Abgeordneten votierten für den früheren Mengerskirchener Bürgermeister und bisherigen LWV-Beigeordneten Robert Becker. Einzig der zur Wahl Stehende selbst enthielt sich seiner Stimme.

Bevor das Plenum durch die Einbringung des Etatentwurfes für 2007 seine Sacharbeit aufnahm, hatten die Abgeordneten eine ganze Reihe von Personalfragen zu entscheiden. Neben dem Präsidium wurden auch die ehrenamtlichen Mitglieder des Verwaltungsausschusses neu bestimmt. Für die fünf-

jährige Wahlperiode – die XIV. seit Gründung des Verbandes in 1953 – wurden auch die Mitglieder der Parlements-ausschüsse und weiterer Gremien neu bestimmt.

Der konstituierenden Sitzung der Verbandsversammlung waren die Wahlen der 75 Abgeordneten in fünf Wahlkreisen vorausgegangen. Sie wurden von den Mitgliedern der Kreistage und der Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte Hessens bestimmt. In der XIV. Wahlperiode stellt die CDU mit 29 Abgeordneten die stärkste Fraktion in der Verbandsversammlung, gefolgt von der SPD, die nun über 27 Sitze verfügt. Drittstärkste Parlamentsgruppe ist weiterhin Bündnis 90/Die Grünen, nun mit 8 Fraktionsmitgliedern. 6 statt bisher 5 Sitze gewann die FDP-Fraktion, während die Fraktion der FW erneut über 4 Mandate verfügt. Einen Sitz erhält Die Linke. Die Republikaner, bisher mit einem Sitz vertreten, schieden aus der Verbandsversammlung aus. (jda)

| Namen und Daten zur Verbandsversammlung und zum Verwaltungsausschuss finden Sie unter www.lwv-hessen.de.



Sie bilden das Präsidium der XIV. Wahlperiode (v. l.): Vize-Präsidentin Hanna Hunsinger (FDP), Vize-Präsidentin Gesa Zickermann (Bündnis 90/Die Grünen), Präsident Robert Becker (CDU), Vize-Präsident Gotthard Brand (CDU), Vize-Präsident Wolfgang Hessener (SPD) und Willi Werner (FW).

Foto: Thomas Rosenthal

„Die Krise als Chance“

Nach seiner Wahl führte der neue Präsident Robert Becker unter anderem aus: „Auch gilt mein Bemühen dem Wunsch, das Ansehen des obersten Organs des LWV Hessen, seiner Verbandsversammlung, weiter zu verbessern, damit wir unseren Anteil an der Gestaltung der sozialen Infrastruktur in Hessen zunehmend verdeutlichen. Dies ist nur durch eine gute Öffentlichkeitsarbeit zu erreichen. Denn ich bin fest davon überzeugt, dass der LWV besser ist, als er bei seinen Trägern und in der hessischen Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Die Gremien des LWV und seine Verwaltung haben aus der Krise, in der sich der Verband 1993 nach dem letzten Crash befand, gelernt und einen beachtlichen Reformprozess durchlaufen, so dass wir heute nach mehr als 10 Jahren mit einer guten Zwischenbilanz aufwarten können. Ich nenne stellvertretend hierfür das gut funktionierende Controlling, das DV-Verfahren ‚ANLEI‘, die Bildung der Zielgruppenmanagements, die PC-Vernetzung der Verwaltung, die neu eingeführten Servicebereiche, das integrierte Berichtssystem, Benchmarking,

die Budgetierung, die ‚Steuerung für Controlling, Personal- und Organisationsmanagement‘ sowie die ‚Steuerung für den überörtlichen Sozialhilfeträger, Recht und Grundsatz‘.

Die Chinesen haben in der ihnen zugeschriebenen Weisheit für die Begriffe ‚Krise‘ und ‚Chance‘ ein gemeinsames Schriftzeichen; auch wir wissen: in jeder Krise steckt auch eine Chance. Ich denke, dies passt auf den von mir skizzierten Weg, den der LWV seit 1996 gegangen ist. Wir sind noch nicht am Ende des Weges. Vor uns steht aktuell die Umwandlung unserer Einrichtungen vom Eigenbetrieb in die Rechtsform der gGmbH und die Auseinandersetzung mit den Prüfungsempfehlungen des Landesrechnungshofes.

Ich denke, wir haben trotz vieler Kritik, die teilweise auch berechtigt sein mag, heute eine solide Ausgangslage, um den uns anvertrauten geistig oder seelisch behinderten Menschen in Hessen eine regional ausgewogene, die Selbstständigkeit, Gesundheit und Lebensqualität fördernde Hilfeleistung zu gewähren.“

Robert Becker

Mit dem Bürgermeister im Ruhestand Robert Becker tritt erneut ein Mann mit langjähriger Erfahrung in den LWV-Gremien an die Spitze der Verbandsversammlung: Bereits von 1993 bis 2001 war der Christdemokrat Abgeordneter des Verbandes und in dieser Zeit Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses. In den vergangenen fünf Jahren wirkte Robert Becker als ehrenamtlicher Beigeordneter an den Entscheidungen im Verwaltungsausschuss des LWV mit. Im Hauptberuf war der gelernte Malermeister und Verwaltungsbeamte Büroleiter, ehe er für 24 Jahre das Amt des Bürgermeisters des mittelhessischen Marktfleckens Mengerskirchen übernahm. Im vergangenen Jahr wurde er bei seiner Verabschiedung in den Ruhestand mit dem Titel eines „Ehrenbürgermeisters“ geehrt. Über seine Heimatgemeinde hinaus reicht das kommunalpolitische Engagement Beckers: Als langjähriger Kreistagsabgeordneter im Landkreis Limburg-Weilburg übernahm er 1993 das Amt des Kreistagsvorsitzenden. Aus dieser Funktion heraus ist Robert Becker seit 2001 Vizepräsident des Hessischen Landkreistages und wurde in diesem Amt kürzlich bestätigt. Der neue Präsident ist seit 1966 verheiratet und Vater zweier erwachsener Söhne. (jda)

Wie wird die Verbandsversammlung gewählt?

Die hessischen Landkreise und kreisfreien Städte bilden fünf etwa gleich große Wahlkreise. Jeder Wahlkreis entsendet in die Verbandsversammlung 15 Abgeordnete,

die von den Kreistagsabgeordneten der Landkreise bzw. den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlungen in den kreisfreien Städten gewählt wurden. Wegen

dieses indirekten Wahlverfahrens ist die Mandatsverteilung in der Verbandsversammlung daher nicht lediglich ein „Abbild“ des Kommunalwahlergebnisses. (jda)

Wahl-Periode	von	bis	Sitze	SPD	CDU	FDP	Grüne	FW	REP	GB/BHE	GDP	Die Linke
I.	8/1953	7/1957	45	21	11	10				3		
II.	8/1957	7/1961	45	25	11	5					4	
III.	8/1961	7/1965	45	23	15	4					3	
IV.	8/1965	7/1969	45	26	15	3					1	
V.	8/1969	7/1973	45	28	14	3						
VI.	8/1973	10/1977	54	31	20	3						
VII.	11/1977	10/1981	75	33	39	3						
VIII.	11/1981	10/1985	75	30	39	4	2					
IX.	11/1985	10/1989	75	34	33	3	5					
X.	11/1989	10/1993	75	36	27	3	7	2				
XI.	11/1993	10/1997	75	28	26	3	9	4	5			
XII.	11/1997	10/2001	75	30	25	2	8	5	5			
XIII.	11/2001	10/2006	75	30	29	5	6	4	1			
XIV.	11/2006	10/2011	75	27	29	6	8	4				1

„Hessisches Sozialparlament“ im Wandel: Sitzverteilung von der I. bis zur XIV. Wahlperiode

Quelle: LWV-Büro der Verbandsorgane

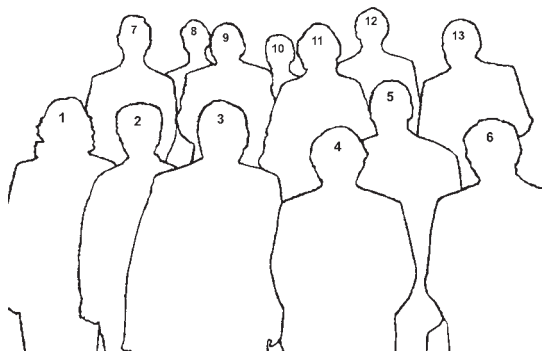
Verwaltungsausschuss: Änderungen in der Geschäftsverteilung

Zu Beginn der XIV. Wahlperiode hat Landesdirektor Uwe Brückmann einige Änderungen in der Geschäftsverteilung zwischen den hauptamtlichen Mitgliedern und dem ehrenamtlichen Beigeordneten mit Geschäftsbereich, Dr. Peter Barkey, vorgenommen. Aus seinem bisherigen Portfolio hat der LWV-Chef das Referat für über-

regionale Sonderschulen und das Baumanagement an Dr. Barkey übertragen. Neu zum Geschäftsbereich der Ersten Beigeordneten Evelin Schönhut-Keil gehört jetzt auch das Zielgruppenmanagement für behinderte Menschen im Beruf (Integrationsamt). Der Ersten Beigeordneten sind nun alle Zielgruppenmanagements der

sog. Leistungsbereiche zugeordnet, was eine engere inhaltliche und organisatorische Verzahnung ermöglicht. (jda)

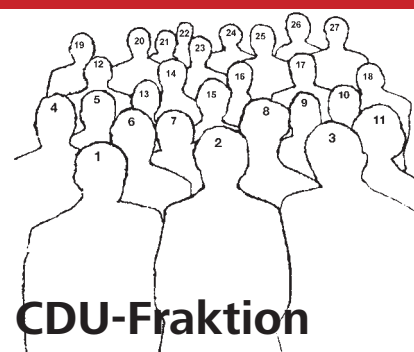
| Die vollständige Geschäftsverteilung finden Sie im Internet unter www.lwv-hessen.de/Verwaltung/Verwaltungsgliederung



Verwaltungsausschuss: 1: Erste Beigeordnete Evelin Schönhut-Keil, 2: Beigeordnete Liesel Thurn, 3: Landesdirektor Uwe Brückmann, 4: Beigeordneter Ferdinand Walther, 5: Beigeordneter Heiko Budde, 6: Beigeordneter Friedel Kopp, 7: Robert Becker, Präsident der Verbandsversammlung, 8: Beigeordneter Stephan Aurand, 9: Beigeordneter Rainer Glenz, 10: Beigeordneter Dr. Klaus Becker, 11: Beigeordnete Annegret Bauch, 12: Beigeordneter Reiner Emmerich, 13: Beigeordneter Dr. Peter Barkey



DIE FRAKTIONEN



CDU-Fraktion

CDU-Fraktion: 1: Andreas Schäfer, 2: Hildegard Burkert, 3: Fritz Kramer, 4: Michael Reul, 5: Werner Breitwieser, 6: Heiko Budde, 7: Günter Diehl, 8: Margot Süß, 9: Peter-Joachim Riedle, 10: Rudolf Marx, 11: Annegret Bauch, 12: Heinz Schmidt, 13: Peter Schneider, 14: Wilhelm Kins, 15: Robert Becker, 16: Birgit Kind, 17: Robert Fischbach, 18: Rainer Glenz, 19: Paul Dünthe, 20: Marco Wilfert, 21: Detlev Bendel, 22: Gotthard Brand, 23: Uwe Becker, 24: Heinz Stricker, 25: Udo W. Henke, 26: Dr. Gerhard Noeske, 27: Michael Craciun. Es fehlen: Jürgen Banzer, Stefan Grüttner, Manfred Michel, Rudolf Amert, Dr. Hans Heuser, Christel Sprößler.



SPD-Fraktion

SPD-Fraktion: 1: Wolfgang Hessenauer, 2: Heidrun Opländer, 3: Carsten Müller, 4: Karl Zahn, 5: Norbert Leber, 6: Rudi Baumgärtner, 7: Erwin Schmidt, 8: Götz Friedrich Föge, 9: Stefan Ringer, 10: Irmgard Scheuermann, 11: Manfred Schaub, 12: Liesel Thurn, 13: Bardo Bayer, 14: Klaus Schönfeld, 15: Hannelore Eckhardt, 16: Karl Thumser, 17: Stefan Reuß, 18: Peter Pilger, 19: Frank-Martin Neupärtl, 20: Stephan Aurand, 21: Reiner Emmerich. Es fehlen: Dr. Manfred Birko, Dr. Edgar Franke, Uwe Frankenberger, Hans-Jürgen Platt, Heinz Räuber, Dr. Udo Schlitzberger, Michael Siebel, Christel Sprössler, Michael Vetter



Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

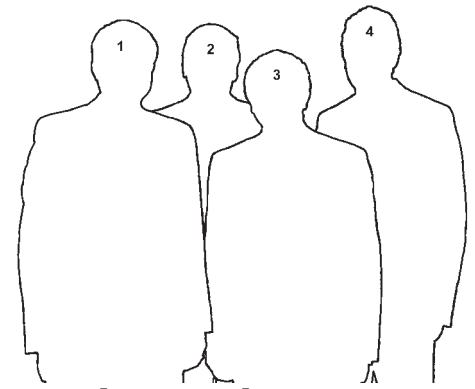
1: Dr. Klaus Becker, 2: Birgit Simon, 3: Gesa Zickermann, 4: Dr. Karsten McGovern, 5: Dr. Andreas Jürgens, 6: Iris Bachmann, 7: Michael Thiele, 8: Holger Heupel, 9: Hanno Wille-Boysen



FDP-Fraktion

FDP-Fraktion: 1: Edith von Hunnius, 2: Johannes Baron, 3: Hanna Hunsinger, 4: Henry Thiele, 5: Dr. Peter Barkey, 6: Andreas Becker, 7: Ferdinand Walther. Es fehlt: Christoph Schnurr.

Fotos: Thomas Rosenthal



Fraktion der FW

Fraktion der FW: 1: Willi Werner, 2: Reiner Guth, 3: Friedel Kopp, 4: Albrecht Fritz. Es fehlt: Elke Victor.

Nachrücker

Durch die Wahl der ehrenamtlichen Beigeordneten des Verwaltungsausschusses rücken einige Personen als Abgeordnete in die Verbandsversammlung nach. (jda)

| Eine aktuelle Liste der Abgeordneten finden Sie unter www.lwv-hessen.de/Politik/Abgeordnete

Die Linke

Wolfgang Schrank, Die Linke



Entlastung der Landkreise und Städte erfolgreich fortgesetzt – LWV-Budget für 2007 eingebracht

„Durch konsequente Nutzung vorhandener Sparpotentiale ist es uns gelungen, die Verbandsumlage im dritten Jahr hintereinander konstant zu halten und bereits zum zweiten Mal eine Absenkung des Hebesatzes zu erreichen. Unser Ziel, die Landkreise und kreisfreien Städte 2007 erneut finanziell zu entlasten, ist uns so mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf gelungen“, erläuterte LWV-Landesdirektor und Kämmerer Uwe Brückmann, als er im Dezember vergangenen Jahres den Haushaltsentwurf 2007 in die LWV-Verbandsversammlung einbrachte. Zur Deckung der Ausgaben 2007 in Höhe von knapp 1,32 Mrd. Euro benötigt der LWV rd. 888,2 Mio. Euro von den 26 Landkreisen und kreisfreien Städten. Das hat eine Senkung des Umlagehebesatzes von 2,06 Prozentpunkten auf 13,52 Prozentpunkte (2006: 15,58 %) zur Folge. Die Absenkung des Hebesatzes basiert im Wesentlichen auf Folgendem: Die Umlagegrundlagen der Gebietskörperschaften

steigen durch höhere Steuereinnahmen erneut im kommenden Jahr um rund 15 %. Ferner zeichnet sich durch den Controllingbericht zum 30. September ab, dass 2006 Budgetverbesserungen erzielt werden; hiervon werden rund 37 Mio. Euro zur Senkung des Umlagebedarfs in 2007 eingesetzt.

Der größte Teil der Ausgaben des LWV-Haushaltes beläuft sich laut Haushaltsentwurf 2007 auf die Sozialhilfe mit insgesamt rd. 1,103 Mrd. Euro, was eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 20 Mio. Euro bedeutet. Der weitaus größte Teil davon sind die Kosten der überörtlichen Sozialhilfe, die Menschen mit Behinderungen zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erhalten. Die gestiegenen Kosten im Bereich der Sozialhilfe resultieren aus allgemeinen Kostensteigerungen, der erwarteten Fallzahlsteigerung von 854 Leistungsberechtigten Menschen sowie höheren Ausgaben für die Grundsicherung.

„Auch der Personalhaushalt der Zentral-

verwaltungen trägt zur Kostenentlastung unserer Träger bei“, sagte LWV-Chef Brückmann. „Die von uns eingeleitete Optimierung von Prozessabläufen und Einsparung von Stellen im sog. Querschnittsbereich haben hier die gewünschte Wirkung gezeigt. So haben wir in der Verwaltung 23 Stellen gestrichen und die Personalausgaben gegenüber 2006 abgesenkt. Wir prüfen kontinuierlich weiter, in welchen Bereichen noch Anpassungen möglich sind“, erläuterte Brückmann. Ergänzend wies er darauf hin, dass die Beschäftigten und ihre Interessenvertretung in diesen Reformprozess einbezogen seien.

Bei aller Freude über diesen so positiven Haushaltsansatz dürfe bei der Verbandsumlage nicht vergessen werden, dass alle Rahmenbedingungen momentan außergewöhnlich gut seien. Damit dürfe realistischerweise in den folgenden Jahren nicht gerechnet werden, mahnte der Landesdirektor. (rvk)

Fortsetzung von Seite 1

„Was die Seele krank macht“



Zwischen Shrek und Narnia: Der Kongress „Schule und seelische Gesundheit“ an ungewöhnlichem, aber jugendgerechtem Ort.

Foto: Jörg Daniel

Seit März 2006 hatten Mitarbeiter der Klinik Schulen in Nordhessen darin unterstützt, Unterrichtsprojekte zum Thema „Schule und seelische Gesundheit – Prävention und Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen“ anzubieten. Zwölf Schulen stellten beispielhaft die Ergebnisse ihrer Arbeit auf dem Kongress vor. Schüler und Lehrer wurden über regionale Hilfeangebote bei seelischen Störungen informiert. Experten der Kasseler Klinik informierten Schüler, Lehrer und Fachleute aus Gesundheitswesen und Jugendhilfe über psychische Störungen im Jugendalter, insbesondere bei Suchtmittelmissbrauch, Schulverweigerung, Selbstverletzungen und über Essstörungen. In Workshops berichteten Menschen mit Psychiatrieerfahrung über ihre Erkrankungen. Besonderes Interesse fand der Verein für Öffentlichkeitsarbeit

in der Psychiatrie „Irrsinnig menschlich e. V.“ aus Leipzig mit seinem Schulprojekt „Verrückt? Na und!“. In Zusammenarbeit mit „Irrsinnig menschlich e. V.“ plant die Klinik weitere Unterrichtsprojekte zur Gesundheitsförderung. Schüler und Lehrer sollen für die seelischen Probleme von Kindern und Jugendlichen sensibilisiert werden. Man möchte Ängsten und Vorurteilen gegenüber psychisch Kranken wirksam begegnen. Auch plant die Klinik, enger mit den Schulen zusammenarbeiten. (jda)

| Weitere Informationen:

Günter Hartmann, Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie des Kindes- und Jugendalters Kassel, E-Mail: gunter.hartmann@zsp-kurhessen.de und www.irrsinnig-menschlich.de

Kompetente Beratung durch LWV

Hilfen aus einer Hand – Dieser Grundsatz wird nun auch für in der Kriegsofferfürsorge leistungsberechtigte Menschen der Städte Fulda und Gießen sowie des Landkreises Fulda mit Leben erfüllt. Nachdem zwischen den Gebietskörperschaften und dem LWV eine Vereinbarung unterzeichnet wurde, ist das Zielgruppenmanagement Kriegsofferfürsorge

seit dem 1. Dezember 2006 nicht nur für die überörtlichen, sondern auch für die örtlichen Aufgaben zuständig. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des jeweiligen Regionalmanagements stehen für Informationen und Nachfragen jederzeit zur Verfügung. In Fulda werden monatliche Sprechstunden im städtischen Bürgerbüro angeboten. (jda)

Editorial

Neue Formen des Gedenkens



Foto: privat

Sehr beeindruckt hat mich die Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus, die als eine gemeinsam von Hessischem Landtag, den Kommunalen Spitzenverbänden und dem Landeswohlfahrtsverband Hessen getragene Veranstaltung im Januar zum ersten Mal im Kasseler Ständehaus stattfand. Beeindruckt war ich deswegen, weil die Veranstaltung sehr gut besucht war und sich mehr als 200 Menschen, unter ihnen viele Schülerinnen und Schüler aus den Förderschulen des LWV, zu diesem Anlass in den Ständesaal eingefunden hatten. Beeindruckt war ich auch, weil die Atmosphäre stimmte, weil die Redner aus ihrer jeweils eigenen Perspektive Hörens- und Beachtenswertes zum Thema beizutragen hatten.

Am meisten aber hat zweifelsohne der Hauptredner der Veranstaltung, der Frankfurter Historiker und Schriftsteller Prof. Arno Lustiger durch seinen authentischen und akzentuierten Vortrag bei allen Anwesenden zu einer Erfahrung beigetragen, die nachwirkt. Lustiger ist ein Überlebender des Völkermords der Nazis an den europäischen Juden. Er schilderte die letzten Kriegswochen und wie es ihm als Häftling mehrerer Konzentrationslager gelang, durch das nahezu undurchdringliche Netz der NS-Maschinerie zu schlüpfen und so sein Leben zu retten. Aber Lustiger verharrt nicht allein in der Geschichte, sondern zieht aus seinem und dem Schicksal Millionen anderer Opfer des NS-Regimes klare und entschiedene Schlüsse für die Gegenwart.

Bald wird es nicht mehr möglich sein, authentische Zeugnisse wie dem von Lustiger aus dem Mund von Überlebenden des Holocaust und anderer Zeitzeugen zu vernehmen. Dies war Grund für den amerikanischen Regisseur Steven Spielberg seine Shoah-Foundation ins Leben zu rufen, die ein riesiges Archiv mit Videointerviews von Überlebenden angelegt hat. Das ist auch der Grund, warum die Gedenkstätte Hadamar mit Opferliste, mit der wieder aufgebauten Busgarage oder auch mit Begegnungen für Angehörige Überlebender neue Formen des Gedenkens entwickelt.

Uwe Brückmann
Landesdirektor

Die Fraktionen der Verbandsversammlung zu wichtigen Themen

Fotos: privat



Strukturen für die LWV-Krankenhäuser stehen

FRITZ KRAMER | Fraktionsvorsitzender CDU

Nach langen Diskussionen, die sich durchaus fruchtbar haben gestalten lassen, sind die notwendigen Vorentscheidungen gefallen: Die in der Rechtsform des Eigenbetriebs bestehenden Einrichtungen werden in die privatrechtliche Form der gemeinnützigen GmbH umgegründet. Über diese gGmbHs wird eine Management-Holding ebenfalls als GmbH gesetzt, deren Aufgabe es sein wird, die grundsätzlichen steuerungsrelevanten Vorgaben zu bestimmen und notwendige Unterstützungen für die Tochter-gGmbHs zu realisieren. Die Inhalte der Gesellschaftsverträge sind mit allen Beteiligten umfassend beraten worden. Es ist gelungen, mit den Gewerkschaften einen Über-

leitungstarifvertrag zu vereinbaren, der die Interessen beider Seiten wahrt. Im Ergebnis lässt sich feststellen, dass das ehrgeizige Ziel, die Einrichtungen des LWV Hessen für den Wettbewerb vorzubereiten und ihnen Organisationsstrukturen zu geben, die die Teilnahme am Gesundheitsmarkt ermöglichen, unter Mitwirkung aller an diesem Prozess Beteiligten erreicht werden konnte. Dafür gebührt diesen ausdrücklich Dank; die CDU-Fraktion möchte das auf diesem Wege kundtun.

Nunmehr wird der nach wie vor ehrgeizige Terminplan umzusetzen sein, damit die Management-Holding GmbH mit Wirkung zum 1. Januar 2008 ihren Betrieb aufneh-

men kann. Die Umgründung der Eigenbetriebe soll rückwirkend zum 1. Januar 2007 erfolgen.

Wir wünschen den künftigen gGmbHs, aber auch der Management-Holding GmbH den notwendigen Erfolg, um die wirtschaftliche Basis und damit auch die Arbeitsplätze der Mitarbeiter/innen langfristig zu erhalten. Die aktuelle Debatte um die Gesundheitsreform, deren Ziel die Kostenreduzierung ist, lässt erkennen, dass der Geschäftserfolg am Gesundheitsmarkt nicht einfacher wird. Wir sind aber der festen Überzeugung, dass es mit dem entsprechenden Engagement und den zukünftigen Strukturen möglich sein wird, am Markt zu bestehen.



Neue SPD-Abgeordnete setzen Signal

WOLFGANG HESSEAUER | Fraktionsvorsitzender SPD

Bei der Diskussion um den Verbleib der Eingliederungshilfe und der Einrichtungen beim Verband hat sich gezeigt: Die SPD-Fraktion im LWV kann sich auf die hessische SPD verlassen! Mit klaren Beschlüssen auf Bezirks- und Landesebene hat sich die Hessen-SPD eindeutig zum LWV und dessen guter Arbeit für Menschen mit Behinderung bekannt. Nachhaltig gestützt wird die Hessen-SPD in ihrer Haltung durch das vom Hessischen Rechnungshof eingeholte Kienbaum-Gutachten. Es stellt dem LWV als überörtlichem Träger der Sozialhilfe ein hervorragendes Zeugnis aus und positioniert sich insbesondere zum Betreuten Wohnen eindeutig. Die Hessen-SPD wird sich daher mas-

siv für den Verbleib des Betreuten Wohnens beim LWV einsetzen. Dank nordhessischer SPD-Vertreter in den Gremien des Hessischen Landkreistages konnte die Verlagerung der Eingliederungshilfe auf die örtlichen Träger in 2006 verhindert werden mit dem Ergebnis, die Diskussion hierüber bis nach der Landtagswahl auszusetzen. In der Konsequenz hat das Sozialministerium die eigens eingesetzte Arbeitsgruppe zum LWV beerdigt. Für die zu erwartende Diskussion nach der Landtagswahl in 2008 bei der Neustrukturierung des Kommunalen Finanzausgleichs hat der LWV auch weiterhin gute fachliche Argumente. Leider haben wir in den letzten Jahren erleben müssen, dass viele

Entwicklungen inner- und außerhalb des Verbandes nur noch macht- und parteipolitischen Interessen untergeordnet wurden. Dem wird sich die SPD entgegenstellen. Der Stellenwert des Verbandes für die Hessen-SPD zeigt sich daher auch in der neuen Besetzung der LWV-Fraktion. Mit dem Vorsitzenden der nordhessischen SPD, Manfred Schaub, dem Landtagsabgeordneten Michael Siebel sowie dem Landrat von Werra-Meißner, Stefan Reuß, hat die SPD-Fraktion im LWV ein klares personales Signal im Vorstand für die inhaltliche Arbeit und den Bestand des LWV auch über das Jahr 2009 hinaus gesetzt.



Betreutes Wohnen weiter entwickeln

DR. ANDREAS JURGENS | Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen

Zurzeit ist der LWV nicht nur für die stationäre und teilstationäre Eingliederungshilfe für behinderte Menschen zuständig, sondern nach einer Vereinbarung mit den Kommunalen Spitzenverbänden auch für das Betreute Wohnen. Dadurch entstand die Möglichkeit, wirksame Alternativen für eine Heimunterbringung behinderter Menschen voranzubringen. Der Ausbau des Betreuten Wohnens soll nach unseren Vorstellungen weiter vorangebracht werden: Gegenüber einem Leben in der Einrichtung ist es meist die menschenwürdigere Form der Hilfe und zudem für den Kostenträger kostengünstiger. Nach der Vereinbarung mit den Kommunen soll die Zuständigkeit aber zum 1. 1. 2009 zurück

an die örtlichen Sozialhilfeträger fallen. Dann wäre der LWV wieder nur für stationäre und teilstationäre Hilfen zuständig. Die Erfolgsgeschichte des Betreuten Wohnens könnte zu Ende gehen. Deshalb soll nach Vorstellung der GRÜNEN Fraktion in der Verbandsversammlung mit den Kommunalen Spitzenverbänden über eine Verlängerung der Vereinbarung verhandelt werden mit dem Ziel, behinderten Menschen weiterhin die „Hilfe aus einer Hand“ anbieten zu können. Erfahrungsgemäß ist es wenig hilfreich, wenn die Zuständigkeiten für stationäre und ambulante Hilfen auseinander fallen. Dann besteht die große Gefahr, dass den betroffenen Menschen nicht die für sie am besten geeig-

nete Hilfe angeboten wird, sondern danach entschieden wird, welchem Träger die Kosten jeweils zur Last fallen. Ein Zurück zur „gespaltenen“ Zuständigkeit darf es daher aus unserer Sicht nicht geben. Wenn der LWV für die Eingliederungshilfe zuständig ist, muss er auch das Betreute Wohnen in eigener Verantwortung weiterentwickeln können. Durch den Ausbau des Betreuten Wohnens konnte der LWV trotz ansteigender „Fallzahlen“ einen Anstieg der Verbandsumlage vermeiden. Der Rechnungshof empfiehlt ebenfalls einen Ausbau des Betreuten Wohnens. Dies sollte auch die Kommunalen Spitzenverbände überzeugen.



Gesamtes System des Finanzausgleichs betrachten

JOHANNES BARON | Fraktionsvorsitzender FDP

Die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen ist und bleibt eine wichtige Aufgabe kommunaler Sozialpolitik. Das ist auch das Ergebnis des Abschlussberichtes des Landesrechnungshofes, zu dem die Fraktionen ihr Votum abgeben werden. Ungeachtet der mehrheitlich unzureichenden Finanzausstattung der Träger des LWV wird immer wieder behauptet, dass die Eingliederungshilfe örtlich kostengünstiger ausgeführt werden könnte. Dieses Argument wird allerdings vorrangig von den Städten und Landkreisen vorgetragen, die aufgrund ihrer Finanzkraft eine hohe Umlage für die Aufgaben beim LWV zahlen. Der Zusammenhang zwischen dem kommunalen Finanzausgleich und der Wahr-

nehmung der Eingliederungshilfe muss nach der Landtagswahl grundsätzlich erörtert werden. Erst wenn auch die Eingliederungshilfe und ihre regional gleichmäßige Ausführung berücksichtigt wird, kann entschieden werden, von wem die Hilfeangebote erbracht und die entsprechenden Kosten getragen werden. Angesichts der Tatsache, dass davon sehr viele behinderte Bürgerinnen und Bürger in jeder Region betroffen sind, ist dies eine bedeutsame Frage - besonders für den Landesgesetzgeber! Deshalb wird die FDP-Fraktion der Verbandsversammlung in enger Zusammenarbeit mit der FDP-Landtagsfraktion die sozial- und finanzpolitischen Aspekte des Finanzaus-

gleichs und der Eingliederungshilfe ausführlich erörtern. Sowohl die Vorgaben des Gesetzgebers als auch die Ergebnisse der Prüfung des Landesrechnungshofes sind dabei einzubeziehen. Als neuer Fraktionsvorsitzender werde ich mit meinen Kolleginnen und Kollegen alles daran setzen, eine möglichst einheitliche, bedarfsgerechte und dabei kostengünstige Angebotspalette für behinderte Menschen in Hessen zu gewährleisten. Weil dabei gerade auch die unterschiedliche Finanzkraft der Träger des LWV einbezogen werden muss, kann darüber letztlich erst im Zuge einer Einigung über den zukünftigen Finanzausgleich entschieden werden.



Einrichtungen des LWV weiterhin in der Region verankern

WILLI WERNER | Mitglied FW-Fraktion

Alle Eigenbetriebe des Verbandes sind mit Wirkung zum 1. Januar 2007 in gemeinnützige Gesellschaften mit beschränkter Haftung umgewandelt worden. Um den Einrichtungen in der jeweiligen Region die Akzeptanz zu sichern und den Einfluss der Politik zu wahren, setzen sich die Freien Wähler für die Bildung dezentraler Aufsichtsräte ein. Starke und handlungsfähige Gesellschaften vor Ort brauchen funktionsfähige Gremien, um das wirtschaftliche und soziale Handeln sicherzustellen. Die Mitwirkung von Vertreter/innen der Verbandsversammlung und des Verwaltungsausschusses sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern soll die Eigenverantwortung insbesondere der Zentren für

Soziale Psychiatrie vor Ort in Aufsichtsräten widerspiegeln. Der Präsident des Hess. Rechnungshofes hat in seinem Schlussbericht festgestellt: Mit seinen Einrichtungen leistete der Landeswohlfahrtsverband Hessen eine qualitativ angemessene und wirtschaftliche Patientenversorgung. Synergiepotenziale zwischen den Einrichtungen wurden nicht in vollem Umfang genutzt. Die Aufbau- und Ablauforganisation wies Mängel auf, vor allem durch einen zu hohen Personaleinsatz, die fehlende Geschäftsverteilung und die unausgewogene Aufbauorganisation. Die Steuerungsinstrumente waren geeignet für die Finanzierung und die operative Steuerung. Die Steuerungskonzepte in den Einrichtungen waren nicht einheitlich. Die selbst

gewählte Gremienstruktur des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen entsprach nicht den Steuerungsanforderungen. Soweit der Prüfbericht. Diese Feststellungen verdeutlichen den Auftrag an die Verbandsgremien, neben der jetzt erfolgten Umwandlung in GmbHs Sorge zu tragen, Schwachstellen zu beseitigen. Die Qualität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf allen Ebenen ist Garant einer weiteren zeitorientierten positiven Entwicklung. Die Begleitung dieser Arbeit sollte durch dezentrale Aufsichtsräte erfolgen. Mit dieser Verantwortung vor Ort wird die Akzeptanz in der Region abgesichert.

Fortsetzung von Seite 1

„Erinnerung ist das Geheimnis der Erlösung“ – Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus im Kasseler Ständehaus

Fotos: Reinhard Groß, Hessischer Landtag



Landtagspräsident Norbert Kartmann begrüßte zur gemeinsamen Gedenkveranstaltung und dankte besonders Prof. Dr. Arno Lustiger für seine Bereitschaft, nach Kassel zu kommen und zu diesem Thema zu sprechen. „Dieser Tag ist Anlass zu gedenken, erinnern und zu begreifen. Zu begreifen, dass in den Jahren zwischen 1933 und 1945 in Deutschland Unvorstellbares passiert ist. Mit unseren Gedanken begeben wir uns an diesem Tag zurück in die Zeit der Nazi-Diktatur und stehen vor unbegreiflichem Leid“, sagte Kartmann. Das Motto Arno Lustigers laute: Nie vergessen. Nie die

Toten vergessen, die Opfer und vor allem nicht die Helden des Widerstandes. Die bejahende Einstellung gegen das Vergessen ermuntere, dass es gelänge, das Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft und das Forschen nach den Ursachen erfolgreich fortzuführen. „Wir halten uns dabei vor Augen, dass die Zeit kommen wird, in der wir nicht mehr auf Zeitzeugen zurückgreifen können. Wir müssen auch dann bereit und fähig sein, die Vergangenheit zu vermitteln“, betonte der Landtagspräsident.

Zerstörtes Vertrauen neu begründet

LWV-Landesdirektor Uwe Brückmann erinnerte in seinem Beitrag an die 20.000 bis 30.000 Opfer der NS-„Euthanasie“-Verbrechen in Hessen, die in den damaligen Heil- und Pflegeanstalten in den Tod geschickt wurden, weil sie den Nazis als „lebensunwert“ galten. Die vom LWV bei seiner Gründung übernommenen Anstalten waren – in unterschiedlicher Intensität – an den Verbrechen beteiligt. Nicht nur Ärzte und Krankenpfleger seien willige Helfer der Nazis gewesen, auch Beamte in den Bezirksverbänden mit Sitz in Kassel und Wiesbaden, die den Anstalten übergeordnet waren, wirkten am ersten vom NS-Regime betriebenen Massenmord



maßgeblich mit, sagte Brückmann. Der LWV habe daher bei seiner Gründung in 1953 nicht nur die Aufgabe gehabt, zerstörtes Vertrauen bei behinderten, kranken und schwachen Menschen wieder neu aufzubauen, sondern er habe auch die Verantwortung für das Gedenken dessen übernommen, was in diesen Anstalten von 1933 bis 1945 geschah. Das Gedenken habe 1953 begonnen, als in Hadamar das erste Mahnmal für die „Euthanasie“-Verbrechen in Deutschland geschaffen wurde und dauere bis heute – beispielsweise durch die Arbeit der Gedenkstätte Hadamar und die vielen anderen Gedenkorte in den Einrichtungen des LWV – an.

Auschwitz nicht instrumentalisieren

Der Tag der Befreiung des Lagers Auschwitz zähle zu den bedeutendsten Tagen in der Geschichte der Menschheit, betonte Prof. Dr. h. c. Arno Lustiger in seiner Ansprache, da erst an diesem Tage die Welt die grausigen Einzelheiten erfahren hätte. „Der fabrikmäßige Massenmord von Juden wird unter der Metapher Auschwitz zu vielen Zwecken missbraucht“, sagte Lustiger.

Das Postulat „Nie wieder Auschwitz“ werde damit ausgehöhlt und verwässert. Dagegen hob er das 1994 verabschiedete Gesetz gegen die Leugnung der NS-Verbrechen positiv hervor und begrüßte das Bestreben, das Gesetz während der deutschen Ratspräsidentschaft für eine europaweite strafrechtliche Verfolgung zu beschließen.



Auftrag an die Demokratie

„Der 27. Januar ist ein Tag, an dem wir uns in Trauer an das Leid der Opfer des nationalsozialistischen Terrors erinnern“, sagte die stellvertretende Ministerpräsidentin Staatsministerin Karin Wolff in ihrem Schlusswort. Es sei aber auch ein Tag, der allen einen Auftrag und eine Verpflichtung auferlege, sich darüber klar zu werden, „dass wir in der Verantwortung stehen, für unsere Demokratie einzutreten und sie gegen alle Anfechtungen und Gefährdungen zu verteidigen. Es geht darum, dass jeder einzelne sich mit allen seinen Kräften und Möglichkeiten dafür stark macht, dass Nationalismus, Rassenhass, Verfolgung und Krieg in unserem Land und darüber hinaus nie wieder möglich werden“, betonte Wolff.



Foto: Reinhard Groß, Hessischer Landtag

| Die vollständigen Redetexte sind dokumentiert unter www.lwv-hessen.de/Pressemittelungen/Gedenkveranstaltung

Erweitertes Behandlungsangebot in Bad Homburg



Die Arzthelferin Sabine Bolz und der Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie, Dr. Jens Wenke, in der Anmeldung der neuen Institutsambulanz Bad Homburg.

Foto: Dieter Becker

Nachdem die Tagesklinik des Waldkrankenhauses Köppern in Bad Homburg Anfang vergangenen Jahres ihre Behandlungsplätze auf 20 verdoppelt hat (s. LWV-Info 2/06), ist das Behandlungsangebot erneut ausgebaut worden: Zu Beginn dieses Jahres ist die Institutsambulanz des Waldkrankenhauses nach Bad Homburg umgezogen. Die Ambulanz ist wie die Tagesklinik im „Haus Berlin“ in der Taunusstraße untergebracht. Ein multiprofessionelles Team unter der Leitung von Artur Diet-

helm, dem Leiter der Ambulanten und teilstationären Behandlung sowie der Abteilung Klinik Bamberger Hof in Frankfurt, ist Anlaufstelle für Menschen, die wegen der Art, Schwere oder Dauer ihrer Erkrankungen auf die Versorgung durch eine Institutsambulanz angewiesen sind. (rvk)

| Die Institutsambulanz ist tagsüber erreichbar unter:
Tel.: 0 61 72 / 6 87 08-1 20

Drei Fragen an den Experten



Joachim Hübner, stellvertretender Leiter des Fachbereichs Einrichtungen und Vorsitzender der „BAG Psychiatrie“. In der BAG haben sich die Träger psychiatrischer Krankenhäuser zusammengeschlossen.

Foto: Monika Brauns

Behandlungsqualität in den Kliniken bedroht

LWV-Info: Der Bundestag hat Anfang Februar die Gesundheitsreform beschlossen. Was ändert sich für die psychiatrischen Kliniken?

Hübner: Auf die ursprünglich vorgesehene pauschale Budgetkürzung hat der Gesetzgeber doch noch verzichtet. Allerdings werden die Kliniken durch Tarif- und Mehrwertsteuererhöhung sowie durch Auswirkungen des Arbeitszeitgesetzes auch ohne Gesundheitsreform deutlich stärker belastet. In Kliniken mit einem Personalkostenanteil von 80 % ist das nicht ohne Qualitätsverlust zu verkraften. Die Psychiatrie-Personalverordnung (Psych-PV) kann schon jetzt vielerorts nicht mehr eingehalten werden.

LWV-Info: Was soll die Psych-PV absichern?

Hübner: Die Psych-PV ist seit Anfang der 1990er Jahre ein entscheidendes Instrument bei der Qualitätsentwicklung psychiatrischer Leistungen. Sie steckt den Rahmen dafür ab, wie viel Zeit Ärzten, Therapeuten und Pflegekräften für therapeutische Gespräche und für die Bezugspflege zur Verfügung steht. Diese Zeit schrumpft bereits durch wachsende Fallzahlen, einen gestiegenen Dokumentationsaufwand und durch zusätzliche ärztliche Aufgaben beim Qualitätsmanagement und in der Weiterbildung. Hinzu kommt nun, dass durch den Kostendruck nicht mehr alle nach der Psych-PV vorgesehenen Stellen besetzt werden können. Schon jetzt können die Vorgaben nur zu etwa 90 % erfüllt werden.

LWV-Info: Was könnten mögliche Folgen für Patientinnen und Patienten sein?

Hübner: Wenn diese finanzielle Aushöhlung nicht gestoppt wird, muss befürchtet werden, dass Patienten ohne ausreichende Stabilisierung entlassen werden müssen. Das führt bei den vielen betroffenen Menschen zu deutlichen Einbußen ihrer Lebensqualität, wird aber auch im Gesundheitswesen hohe Folgekosten nach sich ziehen. (jda)

Perspektive bei „Schleifenbaum“

Mit der Förderung durch den LWV steht die Finanzierung: Die Lebenshilfe Dillenburg e. V. als Träger der Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) in Haiger-Flammersbach kann nun das bereits seit 2004 angemietete Gebäude erwerben und den Standort somit langfristig entwickeln. Bei einem Termin vor Ort übergab im Januar die Erste Beigeordnete des LWV, Evelin Schönhut-Keil, einen Bewilligungsbescheid über 700.000 Euro an Jürgen Raab, Vorsitzender der Lebenshilfe Dillenburg. Die Werkstatt umfasst gegenwärtig 80 Plätze, soll aber um 10 Plätze erweitert werden.

Die Finanzierung von Vorhaben wie dem der Lebenshilfe sei schwieriger geworden, sagte die Beigeordnete bei der Bescheidübergabe, da die für diese Zwecke zur Verfügung stehenden Mittel stark gesunken seien. Da bei den Werkstätten aber nach wie vor ein hoher Finanzierungsbedarf bestehe, versuche der LWV, wichtige Modernisierungs- und Anpassungsinvestitionen durch

Umschichtungen im Haushalt und durch neue Finanzierungsformen zu ermöglichen.

Das Gebäude in Haiger-Flammersbach wurde erst im Jahr

2000 durch die Fa. Schleifenbaum neu errichtet und bietet für die Bedürfnisse der WfbM – auch aufgrund der Lage in einem Industriegebiet und der Nähe zu einer Außengruppe im Hailo-Werk – sehr gute Bedingungen. Die Lebenshilfe plant nun, skizzierte Geschäftsführerin Marita Wickel, durch interne Umstrukturierungen die Lagerflächen zu erweitern. Sie werden für Produkte benötigt, die im Auftrag von Industriekunden her-



Werkstatt mit Entwicklungsperspektive (v. l.): Dr. Gerhard Zoubek, Bürgermeister von Haiger; Erste Beigeordnete Evelin Schönhut-Keil und Jürgen Raab, Vorsitzender der Lebenshilfe Dillenburg e. V. lassen sich von Werkstattleiter Dirk Botzon (Mitte) informieren.

Foto: Tanja Eckel

gestellt und montiert werden. Die vorgesehenen zehn neuen Arbeitsplätze in Flammersbach werden aus anderen Werkstättenstandorten verlagert, um diesen Beschäftigten ein möglichst heimatnahes Angebot unterbreiten zu können. „Schleifenbaum“ soll künftig auch die Großküche der Lebenshilfe beherbergen, in der täglich rund 400 Essen zubereitet werden. (jda)

Zukunft am Park Schönfeld

Seit längerer Zeit war der Arbeitstherapeutische Verein e. V. (ATV) in Kassel für seine Betreuungsangebote im Bereich Wohnen und Arbeiten für Menschen mit geistiger Behinderung auf der Suche nach einer neuen entwicklungsfähigen Liegenschaft. Der Standort im Druselstal – dort seit über 40 Jahren als „Werkhof Drusel“ etabliert – hatte sich aus baurechtlichen Gründen als nicht entwick-

lungsfähig erwiesen. Die Entscheidung für den neuen Standort fiel auf die ehemalige Jägerkaserne III nahe des Parks Schönfeld, bereits im vergangenen Mai begannen die Bauarbeiten. Auch die Finanzierung des rund 3,1 Mio. Euro betragenden Investitionsvorhabens steht. Dazu trägt der LWV bei: Im Januar brachte Erste Beigeordnete Evelin Schönhut-Keil einen Bewilligungsbescheid

über 500.000 Euro mit zum Termin an die Baustelle und übergab diesen an den Geschäftsführer des ATV, Ralf Dötig.

Wohnen und Arbeiten inmitten der Stadt (v. l.): Dr. Jürgen Barthel, Sozialdezernent der Stadt Kassel; Erste Beigeordnete Evelin Schönhut-Keil und Ralf Dötig, Geschäftsführer des Arbeitstherapeutischen Vereins e. V.

Foto: Ulf Schaumlöffel

Mit der Entscheidung für den neuen Standort geht eine Neuausrichtung der Konzeption des anthroposophisch orientierten Trägers einher. „Das bisherige Wohnheimangebot wird künftig durch Stationär begleitetes Wohnen, durch Kurzzeitplätze und durch ein Angebot im Betreuten Wohnen differenzierter. Das entspricht unseren Vorstellungen eines ‚Wohnen im Verbund‘, bei dem die Bewohner an einem Ort genau die für sie passende Betreuungsform wählen können“, lobte die Erste Beigeordnete. Auch die Zielsetzung, dass Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben teilhaben sollen, lasse sich am neuen Standort leichter verwirklichen: „Künftig leben die Bewohner des Werkhofs mitten in der Stadt und verfügen über eine Nachbarschaft, die durch die gemischte Nutzung der Gebäude verstärkt wird. Das Zusammenleben von behinderten und nicht behinderten Menschen wird sich so schnell zu einer Selbstverständlichkeit entwickeln“, blickte die Erste Beigeordnete beim Termin nach vorn. (jda)



„Wenn keiner grüßt und alle schweigen...“

Die im Oktober im Kasseler Ständehaus von der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck präsentierte Wanderausstellung zur Konfliktkultur in der Arbeitswelt ist auf das Interesse von rund 800 Besuchern gestoßen, die sich bei einer Führung, im Rahmen einer Veranstaltungsreihe oder als Ratsuchende mit dem aktuellen Thema Mobbing befassten.

Bei der Ausstellungseröffnung hatte die Erste Beigeordnete des LWV, Evelin Schönhut-Keil, auf die Bedeutung präventiver Ansätze hingewiesen. Ausstellung und Rahmenprogramm gehörten zur Prävention, weil sie das Thema Mobbing nachhaltig im Bewusstsein der Beschäftigten verankerten. Die zum partnerschaftlichen Verhalten beim LWV unterzeichnete Dienstvereinbarung ermögliche ein neuartiges Mediationsverfahren, das zum Erhalt des Arbeitsfriedens und zu einer gesunden Streitkultur beitragen solle, sagte die LWV-Beigeordnete. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter könnten sich an innerbetriebliche Anlaufstellen wenden, wenn sie sich diskriminiert fühlten oder einer sexuellen Belästigung ausgesetzt seien. Die Einrichtung von Ombudsleu-

ten, die als Konfliktberater oder Mediatoren tätig sind, war denn auch eine Empfehlung des von vielen Experten bestrittenen Begleitprogramms. Ein Kristallisationspunkt der Ausstellung war die hohe Verantwortung der Führungskräfte für eine positive Konfliktkultur: 80 % aller bekannten Mobbingfälle haben mit dem Verhalten von Vorgesetzten zu tun. Mobbing geht entweder von ihnen selbst aus oder sie tolerieren mobbendes Verhalten in ihren Abteilungen. Zur Fürsorgepflicht der Arbeitgeber gehöre es daher auch, Führungskräfte zu schulen, denn auch Führungsverhalten müsse gelernt werden, hieß es in einem Workshop. „Die Ausstellung hat deutlich werden lassen, wie wichtig eine positive Konfliktkultur in der Arbeitswelt ist – für die Beschäftigten und die Unternehmen gleichermaßen. Denn ungelöste Konflikte stehen am Anfang jedes Mob-



Mobbing: Eine Skulptur symbolisiert erlittene Verletzungen. Foto: Martina Spohr

bingfalls, selbst wenn nicht jeder Konflikt in Mobbing mündet“, war das Fazit von Herbert Lucan, Referatsleiter der Ev. Kirche von Kurhessen-Waldeck, nach 12 aktiven Veranstaltungstagen. (jda)
| Die Ausstellung im Internet: www.wenn-keiner-gruesst.de

Neuwahlen der Vertrauenspersonen für schwerbehinderte Menschen



Für vier Jahre wiedergewählt: Vorsitzender Klaus Seitz. Foto: privat

Nach vier Jahren Amtszeit wurden Ende vergangenen Jahres in den LWV-Regionalverwaltungen und den Einrichtungen die Vertrauenspersonen für schwerbehinderte Menschen neu gewählt. Am 5. Dezember 2006 bestimmten die frisch gewählten örtlichen Vertrauensleute die Gesamtschwerbehindertenvertretung. Sie wählten erneut Klaus Seitz zum Vorsitzenden, der dieses Amt seit mehr als 24 Jahren inne hat. Stellvertreter von Klaus Seitz wurden Regina Löber aus dem ZSP Kurhessen sowie der ebenfalls wiedergewählte Ulrich Gantz aus der Regionalverwaltung Darmstadt. (mbr)

| Die vollständige Liste der örtlichen LWV-Schwerbehindertenvertrauensleute ist bei Klaus Seitz, Tel.: 05 61/10 04 – 22 87, E-Mail: klaus.seitz@lww-hessen.de erhältlich.

LWV-Fortbildungsprogramm 2007

Das Fortbildungszentrum des LWV Hessen bietet in Gießen und seiner Außenstelle in Riedstadt auch 2007 wieder einen breiten Fächer an Fort- und Weiterbildungsseminaren zu den Themen Psychiatrie, Sozial- und Behindertenpädagogik an. Darunter eine Reihe neuer Seminar-Angebote wie „Stressbewältigung für psychisch Kranke“, „Pflegefachkraft Gerontopsychiatrie“, oder „Qualitätsmoderator/Qualitätsbeauftragter“.

Das Angebot des LWV-Fortbildungszentrums, seit verganginem Jahr eine zertifizierte Weiterbildungseinrichtung, ist nicht nur für LWV-Beschäftigte, sondern auch interessierte Externe offen. (rvk)

| Nähere Informationen sowie Gesamtprogramm unter: Tel.: 06 41 / 9 43 75 – 0 oder E-Mail: info@fortbildungszentrum-lww-hessen.de

Neu im Verwaltungsausschuss: Heiko Budde

Zu Beginn der XIV. Wahlperiode wurden vier ehrenamtlich tätige Beigeordnete neu in den Verwaltungsausschuss gewählt. LWV-Info stellt sie in alphabetischer Reihenfolge vor.

Heiko Budde liebt die Berge. Auch wenn es aus zeitlichen Gründen noch nicht zu einer sommerlichen Wandertour durch Nordskandinavien gereicht hat, versucht der neu gewählte ehrenamtliche Beigeordnete aus dem mittelhessischen Aßlar, regelmäßig in den Alpen zu sein, um dort aufzutanken. Das kann beim Ski fahren, das kann aber auch beim Bergwandern geschehen. Mit klarem Kopf und klarer Sicht über den Dingen stehen, bei der Draufsicht von oben zu neuen Erkenntnissen gelangen. So geht der in seiner Region verwurzelte und engagierte Christdemokrat auch berufliche und politische Herausforderungen an. 1994 übernahm der studierte Sozialpädagoge nach mehreren beruflichen

Stationen im ganzen Bundesgebiet die pädagogische Leitung des Übergangsheimes Sonnenstraße der Evenius GmbH, einer integrativen Einrichtung mit Angeboten zur Tagesgestaltung, die sich an Jugendliche und junge Erwachsene mit psychischer Erkrankung, Verhaltensauffälligkeiten und Entwicklungsverzögerungen richtet. 1997 wurde Budde in seiner Heimatgemeinde auch politisch aktiv und ist seitdem als Stadtverordneter in Aßlar tätig. Zur folgenden Wahlperiode wurde er außerdem in den Kreistag des Lahn-Dill-Kreises gewählt. Dort wirkt Heiko Budde als stellvertretender Vorsitzender des Sozialausschusses und zugleich als sozialpolitischer Sprecher seiner Fraktion. Seit dem vergangenen Jahr leitet Budde eine Fraktionsarbeitsgruppe „Zukunft Lahn-Dill 2030“, die sich mit den regionalen Auswirkungen des demografischen Wandels beschäftigt. Entgegen der landläufigen Meinung, dass Politik lediglich den nächsten Wahltermin im



Heiko Budde

Foto: privat

Blick hat, haben sich Budde und seine Mitstreiter die Frage gestellt: „Was müssen wir heute tun, um Lebensqualität für eine älter und kleiner werdende Kreisbevölkerung zu sichern?“ (jda)

Heiko Budde in zehn Sätzen

Der LWV...

Der Hauptgrund, ehrenamtlicher Beigeordneter des LWV zu werden, war für mich...

einerseits die Mitarbeit im „Gesamtapparat“ LWV, andererseits aber auch die Möglichkeit, mich für den Erhalt des LWV einsetzen zu können.

Als Aufgabenbereich des LWV liegt mir besonders am Herzen ...

die Beibehaltung der Gleichbehandlung aller behinderten Menschen in Hessen.

Im und mit dem LWV würde ich gerne auf den Weg bringen...

eine Finanzierung seiner Aufgaben weitgehend unabhängig von der bisherigen Umlagepraxis.

Der LWV hat über fünfzig Jahre...

gute Arbeit geleistet und wird dies auch weiterhin tun.

Der LWV ist für mich heute...

unverzichtbar im Sozialbereich des Landes Hessen.

... und ich:

Wenn ich für einen Tag Deutschland regieren könnte, würde ich zuerst...

beachten, dass Demokratie von Auseinandersetzung und Kompromissen lebt.

Schier zur Verzweiflung bringen mich...

Ignoranten, Besserwisser, Alleskönner.

Die wichtigste menschliche Eigenschaft ist für mich...

Glaube, Offenheit, Beharrlichkeit, Optimismus.

Als Traum würde ich mir gerne erfüllen...

einen Sommer durch Nordskandinavien wandern, ohne von Mücken gepeinigt zu werden.

Mein Lebensmotto lautet...

Optimisten leben länger und haben auch mehr vom Leben.

Bathildisheim vergibt Journalistenpreis

Das Rehazentrum Bathildisheim richtet zusammen mit der Hessisch-Niedersächsischen Allgemeinen (HNA) den Wettbewerb „Selbstbestimmt leben trotz Behinderung – Rehabilitation heute“ aus, der sich an Nachwuchsjournalisten und Volontäre richtet. Eingereicht werden sollen Beiträge, die beispielhaft darstellen, wie Menschen mit Handicap in der heutigen Zeit ihren Alltag bestreiten. Dabei muss eine bestimmte Person mit Behinderung oder ein emanzipatorisches Förderkonzept mit Bezug zu Hessen oder Süd-Niedersachsen im Mittelpunkt stehen. Ausgezeichnet werden Reportagen und Features der Kategorie Print. Dem Sieger winkt ein Preisgeld von 1.000 Euro. Der Beitrag wird außerdem in der HNA veröffentlicht. Anmeldeschluss ist der 31. März 2007. Bathildisheim/(jda)

| Weitere Infos: www.bathildisheim.de
oder Tel. 0 56 91 / 8 04 – 2 02



Neues „Lädchen“: Das Gebäude der ehemaligen Institutsambulanz.

Foto: Dieter Becker

Das „Lädchen“ wächst

Im „Lädchen“ des Waldkrankenhauses Köppern können Patienten gut erhaltene Kleidung für wenig Geld erwerben. Nun wird das Second-Hand-Lädchen der „Laienhilfe Miteinander“ bald größere Räumlichkeiten beziehen. „Der neue Laden wird in der ehemaligen Institutsambulanz entstehen, die

Anfang 2007 nach Bad Homburg umgezogen ist“, berichtet Werner Bierschenk, Geschäftsführer des ZSP Hochtaunus. Momentan befindet sich der rund 30 qm kleine Shop noch im Souterrain eines Verwaltungsgebäudes der Klinik. In dem zentral gelegenen und ebenerdig zugänglichen Gebäude der

ehemaligen Ambulanz sollen dann vier Räume zur Verfügung stehen. Die Einkaufsmöglichkeit ist vor allem für Menschen mit lang andauernden psychiatrischen Erkrankungen von Bedeutung, die häufig nur über ein geringes Einkommen verfügen. „Auffällig ist, dass die Nachfrage nach Second-Hand-Ware in letzter Zeit kräftig gestiegen ist“, berichtet Edelgard Gath, die seit mehreren Jahren hinter der Ladentheke steht. Die Vergrößerung der Verkaufsfläche komme daher genau zum richtigen Zeitpunkt.

Die Einnahmen aus dem „Lädchen“ kommen dem Spendenetat des Waldkrankenhauses Köppern und damit den Patienten zugute.

Außer im „Lädchen“ versehen die Laienhelfer freiwillige Dienste in der Patientenbibliothek, bei Gottesdiensten und bei den Kaffeemittagen im Klinikfestsaal.

„Es macht mich stolz, dass sich die ‚Laienhilfe Miteinander‘ bereits über vier Jahrzehnte hinweg um unsere Patienten kümmert“, lobt Bierschenk.

Dieter Becker/(mbr)

Wohnen Sie schon oder lernen Sie noch?

Im Fuldaer Antoniusheim konnten im Dezember 12 junge Männer und Frauen ein Zeugnis der besonderen Art entgegennehmen: Sie – wie zwei weitere, an diesem Tag leider erkrankte Mitschüler – schlossen als erste Absolventen die dortige „Wohnschule“ erfolgreich ab. Ziel der Wohnschule ist es, junge Menschen mit geistiger Behinderung auf ein eigenständiges Wohnen vorzubereiten und ihnen so sinnvolle Lebensperspektiven aufzuzeigen. Zu den Gratulanten gehörte auch LWV-Landesdirektor Uwe Brückmann.

Im Juli bzw. im September 2005 ging es los: seitdem fand Gruppen- und Einzelunterricht an zwei Tagen in der Woche statt. Unterrichtet wurde nach einem von Wohnschulleiterin Antje Herchenhan und ihrer Kollegin Annette Windler entwickelten Lehrplan mit sieben Lernbereichen: Gestaltung sozialer Beziehungen, Orientierung im öffentlichen Leben, Gesundheitsvorsorge, Umgang mit Geld, Haushaltsführung, gesunde Ernährung/Kochen und Freizeitgestaltung. Zur ohnehin lebenspraktisch angelegten Ausbildung gehörte auch ein „Praktikum“: Das verbrachten die

Teilnehmer in der Trainingswohnung „Am Kronhof“.

Antje Herchenhan und ihre Kollegen sind sich sicher: Als Ergebnis des Wohnschulbesuchs zeigte sich ein „Nachreifen“ der Persönlichkeit und eine Stärkung der Jugendlichen. Sie können nun besser mit Konflikten umgehen, zeigen mehr Ausdauer und Zuverlässigkeit am Arbeitsplatz und haben gelernt, ihre Bedürfnisse sprachlich auszudrücken. Erlebnisse und Konflikte konnten angesprochen, reflektiert und gemeinsam nach Lösungen gesucht werden. Fazit

der Beteiligten: Mit der Wohnschule wurde ein adäquater Baustein zur gezielten Förderung junger Menschen im Hinblick auf deren Selbstständigkeit geschaffen. Die Wohnschule trifft die Bedürfnisse der Jugendlichen. Das mit Unterstützung durch die Aktion Mensch eingerichtete Projekt soll fortgesetzt werden. (jda)

Freude über die Auszeichnung: Absolventen der Wohnschule nebst Gratulanten.

Foto: St. Antoniusheim Fulda





Autoren und Herausgeber bei der Buchpräsentation (v. l.): Dr. Georg Lilienthal, Leiter der Gedenkstätte; Dr. Peter Barkey, Beigeordneter LWV; Uta George, Gedenkstätte Hadamar; Jörg Bühring, Betriebsleiter ZSP Am Mönchberg; Ralf Wolf, Ärztlicher Direktor der forensischen Klinik Hadamar; Dr. Peter Sandner, Hessisches Hauptstaatsarchiv und früherer LWV-Mitarbeiter; Dr. Heinrich Leising, Ärztlicher Direktor der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie und Regine Gabriel, Gedenkstätte.

Foto: Birgit Weidner

ZSP Am Mönchberg: 100 Jahre Heilstätte

Das historische Foto mit der schwarzen, steil nach oben steigenden Rauchfahne über den Anstaltsgebäuden des Mönchbergs in Hadamar ist eines der Menetekel der 12-jährigen NS-Diktatur in Deutschland. Der Name Hadamar ist heute untrennbar mit dem Rassenwahn der Nazis verknüpft, die den Ort, an dem sich seit 1906 eine psychiatrische Heilstätte befand, zur Tötungsanstalt für kranke, behinderte und benachteiligte Menschen, die den Nazis als

„lebensunwert“ galten, umfunktionierten. Dennoch ist die Heilstätte, die 2006 auf ihr 100-jähriges Bestehen zurückblicken konnte, mehr als ausschließlich Schauplatz grausamer Verbrechen und Ort heutigen Gedenkens. Der LWV hat jetzt einen Sammelband vorgelegt, in dem 42 Autorinnen und Autoren über die wechselvolle Geschichte und Gegenwart der Einrichtung berichten. Dabei wird auch die NS-Zeit und die heutige Gedenkstättenar-

beit ausführlich dargestellt. Heute liefert der Name Hadamar nicht nur das Stichwort für die NS-„Euthanasie“-Verbrechen, die hier begangen und an die seit 1953 erinnert wird, sondern er verweist auch auf den Standort eines zeitgemäßen Zentrums für Soziale Psychiatrie (ZSP), schreibt der für Archiv, Gedenkstätten und Historische Sammlungen des LWV verantwortliche Beigeordnete Dr. Peter Barkey in seinem Beitrag. Nach dem Kriegsende habe die damalige Landesheilanstalt erst wieder zu einem Selbstverständnis zurückfinden müssen, mit dem sie das in der NS-Zeit verlorene Vertrauen der Menschen in einem langwierigen Prozess wieder gewinnen konnte. Die Psychiatrie-Enquete von 1975 markierte den wichtigsten Einschnitt eines bis heute andauernden Prozesses, psychiatrische Behandlung menschenwürdiger zu gestalten und dabei die Anstaltspsychiatrie in eine moderne Sozialpsychiatrie zu verwandeln. Diesem Reformprozess wird in vielen Beiträgen – darunter auch solchen von Patienten – nachgegangen. (jda)

| Uta George, Georg Lilienthal, Volker Roelcke, Peter Sandner, Christina Vanja (Hg.): „Hadamar. Heilstätte – Tötungsanstalt – Therapiezentrum“, Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen, Quellen und Studien Band 12, Marburg 2006 (Jonas Verlag), 512 Seiten mit zahlreichen Abbildungen, 24,80 Euro

Vor einhundert Jahren gegründet

Als Gründungsdatum ist das Jahr 1906 vermerkt, dennoch gibt es auf dem Mönchberg bereits vor dieser Zeit Einrichtungen mit sozialer Aufgabenstellung: 1828 zieht eine Hebammenlehranstalt in das aufgelassene Kloster ein. 1883 öffnet eine Korrigendenanstalt für Bettler, Landstreicher und Prostituierte ihre Pforten. Mit Auszug der Korrigendenanstalt und Gründung der „Landespflegeanstalt“ hält 1906 die Psychiatrie Einzug auf dem Mönchberg. Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges wird das Haus zu einem Reservelazarett umgestaltet. Am 1. November 1940 übernimmt die Berliner „Euthanasie“-Zentrale „T4“ die Gebäude, baut einen Tötungstrakt ein und lässt dort von Januar bis August 1941 mehr als 10.000 Menschen in einer Gaskammer ermorden. Ab August



Von der Heilstätte zur modernen Sozialpsychiatrie: Das ZSP Am Mönchberg in Hadamar.

Foto: ZSP Am Mönchberg

1942 sterben weitere 4.500 Menschen durch die Aktionen der zweiten Mordphase. Nach dem Krieg finden zwei Prozesse statt, um die Verbrechen aufzuklären und zu sühnen. Die Einrichtung wird nicht geschlossen, sondern weiter als Heil- und Pflegeanstalt genutzt. Seit 1953 wird das Gedenken vor Ort gepflegt. Auf dem Gelände befindet sich die Gedenkstätte Hadamar, die 1983 eröffnet wird und jährlich rund 15.000 Besucher empfängt.

Zum heutigen ZSP in Trägerschaft des LWV Hessen gehören:

- eine Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie mit 86 stationären Betten und 21 teilstationären Plätzen; 15 dieser Plätze werden in der Tagesklinik am Standort in Limburg vorgehalten
- eine Klinik für forensische Psychiatrie mit 145 Planbetten
- ein Wohn- und Pflegeheim für Menschen mit seelischer Behinderung mit

34 Plätzen und einem angeschlossenen Betreuten Wohnen mit 43 Plätzen

- weitere Instituts- und Substitutionsambulanzen sowie eine forensische Ambulanz

Mit seinen 688 Beschäftigten zählt es zu den größeren Arbeitgebern der Region. Ab 2007 wird es als gemeinnützige GmbH geführt. (jda)

Kunst im Maßregelvollzug



Freude über die große Resonanz: Die Organisatoren der Veranstaltung in Marburg.

Foto: Jan Heider

„Was ist § 64 Strafgesetzbuch?“ Wer sich in Marburg durch dieses Veranstaltungsangebot im vergangenen Dezember Aufklärung zu juristischen Aspekten des Maßregelvollzuges versprach, wurde enttäuscht. Überraschen oder überzeugen lassen konnten sich hingegen alle, die sich für das künstlerische Schaffen von Forensikpatienten, aber auch für die Arbeit der Marburger Außenstelle der Klinik für forensische Psychiatrie Hadamar insgesamt, interessierten.

Die Ausstellung in der Außenstelle zeigte Kunstwerke von Patienten, die diese im Rahmen ihrer Therapie angefertigt hatten. Darunter Bilder, deren Motive die Lebenssituation der suchtkranken, straffällig gewordenen Patienten und ihren Behandlungsstand widerspiegeln. Ziel der Ausstellung war es, die Arbeit der noch jungen Klinikaußenstelle, die erst seit Juni 2005 existiert, der Öffentlichkeit näher zu bringen: „Wir wollen mit dieser Ausstellung erreichen, dass

die Menschen draußen eine Vorstellung von unserer Arbeit in der Klinik bekommen. Die Klinik ist Teil der Gesellschaft und will sich nicht abschotten“, sagte Rainer Schmidl, therapeutischer Leiter in Marburg. Neben den Bildern wurden auch andere, zur Jahreszeit passende Produkte zum Kauf angeboten. Schmidl zog ein positives Fazit dieses ersten Schrittes in die Öffentlichkeit: Viele Einzelbesucher, aber auch Gruppen sowie Studenten der Uni Marburg seien zu Gast gewesen, Gesprächsangebote halfen, noch offene Fragen zu klären. Auch führten einige Patienten der Klinik Besucher selbst durch die Ausstellung. „Das Verständnis ist bei denen, die zu uns gekommen sind, sicher gewachsen“, resümierte Schmidl. Insofern gab es doch praktische und wirklichkeitsnahe Aufklärung zur Frage „Was ist § 64 Strafgesetzbuch?“ (ale)/(jda)

Tagesklinik in Hanau eröffnet

Die Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie des Kindes- und Jugendalters (KPPKJ) Rehbergpark eröffnete im Januar in Hanau ihre zweite Tagesklinik. Damit verbessert sich maßgeblich die Versorgung psychisch kranker Kinder und Jugendlicher in der Region Hanau.

In den Tageskliniken kümmern sich multiprofessionelle Behandlungsteams um die jungen Patienten, für die eine ambulante Behandlung nicht ausreicht. Bei der teilstationären Betreuung werden sie nicht aus der häuslichen Umgebung gerissen und das persönliche Umfeld kann in die Therapie eingebunden werden. In der neuen Tagesklinik in Hanau sind seit Beginn dieses Jahres Ärzte, Psychologen und Sozialarbeiter sowie Ergo- und Mototherapeuten und Arzthelferinnen tätig. Die Leitung hat die Fachärztin Dr. med. Annette Duve. In Hanau werden, wie in den fünf anderen hessenweit bereits bestehenden Tageskliniken des LWV, alle bei Kindern und Jugendlichen auftretenden psychiatrischen Erkrankungen behandelt. Die KPPKJ Rehbergpark ist eine von fünf LWV-Kliniken für Kinder – und Jugendpsychiatrie. Sie verfügt über 66 stationäre Plätze, und neben der Tagesklinik Hanau mit 15 Plätzen über eine integrierte Tagesklinik mit fünf Plätzen. Ambulante Behandlungsangebote bieten die Institutsambulanzen in Herborn, Wetzlar, Hanau, Limburg und Gelnhäusen. (rvk)

| Informationen zur Tagesklinik Hanau unter:

Tel.: 0 27 72/5 04 – 0 oder
E-Mail: info@rehbergpark.com



Jürgen Grösch, pädagogischer Mitarbeiter des Konrad-von-Preysing-Hauses (l.), im Biographiegespräch mit Bettina Böhm, einer Angehörigen, und Lothar Hoffmann, Bewohner der Einrichtung (r.).
Foto: Caritasverband Frankfurt e. V.

Lebensgeschichte(n) bewahren

Gute Betreuung und Pflege stellt den einzelnen Menschen mit seiner ganzen Individualität in den Mittelpunkt ihrer Arbeit. Damit das gelingen kann, muss die Lebensgeschichte der Menschen präsent sein. Dies war der Ausgangspunkt des Biographieprojekts im Konrad-von-Preysing-Haus, einem Wohnverbund für 87 geistig behinderte Erwachsene in Trägerschaft des Caritasverbandes Frankfurt e. V. In dem Projekt wird die Vergangenheit der Klienten erfasst, zugänglich gemacht und

bewahrt, um sie mit diesem Wissen einfühlsam in der Gegenwart zu begleiten und um Perspektiven für ihre Zukunft zu entwickeln.

Der Anstoß zum Biographieprojekt ergab sich aus der Praxis: Zum einen nimmt der Anteil der Älteren im Wohnheim zu. Damit fallen die Eltern als „Hüter“ von persönlicher und familiärer Geschichte weg. Zum anderen geht viel Wissen um die einzelnen Lebensgeschichten verloren, wenn langjährige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den

Ruhestand gehen. Bisher gab es im Konrad-von-Preysing-Haus keine strukturierten Aufzeichnungen, durch die dieses Wissen und die vielen kleinen „Geschichten“ über die Klienten hätten bewahrt werden können. Auch kommen zunehmend jüngere Menschen in den Wohnverbund, die sich früh aus dem Elternhaus lösen. Mit dem geringeren Kontakt zur Ursprungsfamilie sind Biographiebewahrung und -fortschreibung nicht mehr automatisch gewährleistet, so dass diese stellvertretend für die Eltern übernommen werden müssen. Aus dieser Situation ergab sich der Gegenstand des Projektes, das im Oktober 2005 begann: die Entwicklung, Einführung und Evaluation geeigneter Arbeitshilfen zur umfassenden Biographieerhebung. Das Projekt endet im September 2007. Dann soll die Biographieerhebung Teil der alltäglichen Abläufe sein.

Marliese Zwermann/(jda)

Eigenen Ressourcen vertrauen: Persönliches Budget

Das Persönliche Budget ist ein monatlicher Geldbetrag für Dienstleistungen, die behinderte Menschen benötigen, um im Alltag selbstbestimmt und selbstständig leben zu können – zum Beispiel in der eigenen Wohnung. Das Persönliche Budget macht ernst mit dem Prinzip der Personenzentrierung: Der Budgetnehmer – das

ist der Mensch mit Behinderung – entscheidet, wo und in welchem Umfang er Unterstützungsleistungen erhält. Zur Einführung des „Trägerübergreifenden Persönlichen Budgets für Menschen mit Behinderung“ gibt es insgesamt 14 Modellprojekte, zwei davon in Hessen. 2005 starteten die Modellprojekte im Landkreis Marburg-Biedenkopf und im Kreis Groß-Gerau, bei beiden vom Bund geförderten Projekten ist der LWV Kooperationspartner. Im Dezember bilanzierten die beiden Modellprojekte bei Fachtagungen die bisher gemachten praktischen Erfahrungen vor Ort. Auch wurden die Chancen, die sowohl für Budgetnehmer als auch für Leistungsanbieter und -träger aus dem Persönlichen Budget erwachsen können, erörtert.

„Im Landkreis Marburg-Biedenkopf haben Menschen mit Behinderung durch das Projekt die Chance, selbstbestimmt über die für sie notwendigen Hilfen zu entscheiden. Statt einer so genannten Sachleistung wird eine Geldeistung nach dem individuellen Hilfebedarf ausgezahlt. Vorteilhaft ist außerdem, dass das Persönliche

Budget von mehreren Leistungsträgern zusammengefasst ausgezahlt wird“, umriss der Erste Kreisbeigeordnete des Landkreises Marburg-Biedenkopf, Dr. Karsten McGovern, bei der Marburger Tagung den innovativen Ansatz. Das Persönliche Budget könne einen wichtigen Beitrag zum Umbau des Hilfesystems hin zu mehr personenzentrierten Hilfen leisten, unterstrich in Marburg LWV-Zielgruppenmanagerin Regina Gernt. Die Entscheidung, ob ein Persönliches Budget in Frage komme, liege beim Betroffenen oder, wenn sie als gesetzliche Betreuer fungieren, bei den Angehörigen. Es sei **eine** Möglichkeit der individuellen Hilfe-gewährung.

Da die Leistungen häufig von unterschiedlichen Kostenträgern finanziert würden, liege im Zusammenwirken aller Beteiligten ein Schlüssel zum Erfolg, sagte die LWV-Mitarbeiterin. Bei den Veranstaltungen berichteten auch Budgetnehmer von ihren Erfahrungen. (jda)

| Mehr zum Persönlichen Budget finden Sie im nächsten LWV-Info.

Fortbildung 2007

„Mit Herz und Kompetenz“, so ist das Fortbildungsprogramm 2007 des Rehabilitationszentrum Bathildisheim e. V. überschrieben. Es richtet sich sowohl an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Einrichtungen der Behindertenhilfe als auch an Eltern von Kindern mit Behinderung und andere interessierte Privatpersonen. (rvk)

| Nähere Informationen sowie das Gesamtprogramm unter:
Tel.: 0 56 91 / 8 99-0 (Brigitte Vernaleken/Michael Michels) oder E-Mail:
seminare@bathildisheim.de



Grafik: Hessische Staatskanzlei/Montage: LWV-Pressestelle

Mehr als ahle Wurscht und Ebbelwoi

Wussten Sie, dass Frankfurt am Main beinahe die Hauptstadt der frisch gebackenen Bundesrepublik Deutschland geworden wäre? ... dass die berühmte Büste der Nofretete früher im Museum Wiesbaden zu bewundern war? ... dass der Ursprung des deutschen Wirtschaftswunders in Hessen liegt? Das und mehr erfuhren Besucher/innen der Ausstellung „Hessen – eine starke Geschichte. 60 Begegnungen mit unserem Land seit 1945“, die im November und Dezember des vergangenen Jahres für zwei Wochen im Ständehaus des LWV gastierte. 60 Begegnungen im Jahr des 60. Geburtstages – die Ausstellung bot ein Kaleidoskop der politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklung des Bundeslandes mit zahlreichen Ton-, Bild- und Schriftdokumenten, unter ihnen

markante Originalexponate. Gut verständlich zeichnete die von der Hessischen Staatskanzlei und dem Hauptstaatsarchiv präsentierte Ausstellung die Geschichte des Landes von seiner Gründung nach Ende des Zweiten Weltkrieges, die wilden 60-er und konfliktreichen 80-er bis in die bewegte Jetztzeit nach. Im Ständehaus Kassel wurde die Wanderausstellung, die an vielen Orten in Hessen zu sehen war und auch 2007 weiter tourt, durch einen Ausstellungsteil des Gastgebers ergänzt: Das Ständehaus, Hauptsitz des LWV, wurde 1836, also vor genau 170 Jahren, als erstes Parlamentsgebäude Hessens errichtet. Seit 1953 tagt die Verbandsversammlung des LWV, das „Hessische Sozialparlament“, in dem traditionsreichen Gebäude. Auch dazu konnten sich die Besucher informieren. (jda)

Erkrankungen der Psyche verständlich erklärt

Mit der komplexen Bandbreite von psychiatrischen Erkrankungen befasst sich in dem soeben erschienenen Kompendium „Psychiatrie“ der Ärztliche Direktor des Waldkrankenhauses Köppern, Prof. Dr. Gerald Schiller. Auf insgesamt 88 Seiten zeigt der Facharzt für Neurologie, Psychiatrie, Psychotherapie, Geriatrie und Sportmedizin in leicht verständlicher Sprache Ursachen und Symptome von psychischen Störungen auf und beschreibt darüber hinaus die unterschiedlichen therapeutischen Ansätze. Zusätzlich veranschaulicht Schiller seine Ausführungen mit Hilfe von anonymisierten Fallbeispielen aus der psychiatrischen Praxis. Damit erlaubt das knapp gefasste und übersichtliche Lehrbuch den Erwerb von Basiswissen über eine Vielzahl psychiatrischer Krankheitsbilder, von den Folgen der „Alkoholabhängigkeit“ bis hin zu den Ursachen von „Zwangserkrankungen“. „Psychiatrie“ richtet sich in erster Linie an angehende Ergotherapeuten, ist jedoch auch für Berufsanfänger und interessierte Laien gut geeignet. Dieter Becker/(jda)

| Gerald Schiller: Psychiatrie, Idstein 2007 (Reihe „Basiswissen Therapie“, Schulz-Kirchner Verlag)

Gebaute und gelebte Demokratie



Expertentialog (v. l.): PD Dr. Walter Mühlhausen, Prof. Dr. Dietfried Krause-Vilmar und Prof. Dr. Jens Flemming während der Tagung im Kasseler Eulensaal. Foto: Jörg Daniel

175 Jahre Hessische Verfassung, 60 Jahre Land Hessen, 170 Jahre Ständehaus Kassel – gleich drei Jubiläen ergaben den Anlass für eine Tagung zur parlamentarischen Tradition in Hessen, die eng mit dem LWV-Hauptsitz verknüpft ist. Die Tagung, durchgeführt vom Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Kassel und organisiert von Prof. Dr. Jens Flemming und PD Dr. Christina Vanja, zeichnete die historischen Etappen von der vorkonstitutionellen Phase über den preußischen Kommunallandtag bis hin zur Tätigkeit der heutigen LWV-Verbandsversammlung nach. Renommierte Fachhistoriker konnten für die Tagung gewonnen werden.

Doch nicht nur der Geschichte hatten sich Vortragende und Teilnehmer der Veranstaltung zugewandt, die in der Landes- und Murhard'schen Bibliothek der Stadt Kassel stattfand: Prof. Dr. Heinrich Kunze, Ärztlicher Direktor der Psychiatrischen Klinik in Bad Emstal, skizzierte die Psychiatriereform, Beigeordneter Dr. Peter Barkey stellte ausgewählte Aspekte der überörtlichen Sozialhilfe vor. Im Herbst 2007 soll ein Tagungsband erscheinen. (jda)

| Beiträge der Tagung finden Sie im online extra des LWV-Info unter www.lwv-hessen.de/Presse/LWV-Info



Auch nach 60 Jahren noch Wichtiges vor (v. l.): VdK-Kreisvorsitzender Bernd Handschke, LWV-Landesdirektor Uwe Brückmann, Landesvorsitzender Udo Schlitt und sein Stellvertreter Dr. Günther Schnell.

Foto: Monika Brauns

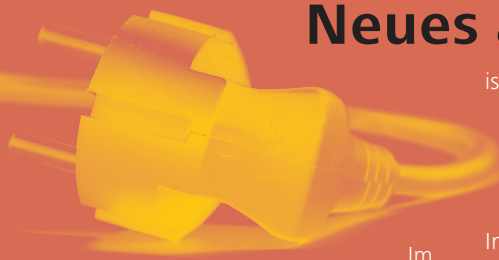
Organisierte Solidarität: 60 Jahre VdK

Am drittletzten Tag des Jubiläumsjahres wurde die Schallmauer durchbrochen: Landesvorsitzender Udo Schlitt hieß mit Handschlag und einer Flasche Rheingauer Sekt das 200.000 Mitglied im Landesverband Hessen-Thüringen des

VdK willkommen. Während andere Verbände, Gewerkschaften und Kirchen seit Jahren mit Mitgliederverlusten zu kämpfen haben, traten allein in Hessen und Thüringen im gerade verstrichenen Jahr monatlich rund 1.400 Menschen

dem Sozialverband bei, überwiegend – so hieß es in den Veranstaltungen zum 60-jährigen Bestehen – weil sie dessen professionelle Beratung und die Lobbyarbeit schätzen. Dementsprechend war denn auch der Ständesaal des LWV prall gefüllt, als der Verband im Januar zu einer Jubiläumsveranstaltung nach Kassel eingeladen hatte. Dort kündigte Schlitt an, auch in Zukunft werde der VdK für soziale Gerechtigkeit streiten, eine Gerechtigkeit, die er durch Rentenpolitik und Altersarmut bedroht sieht. Die enge Kooperation zwischen dem VdK Hessen-Thüringen und dem LWV, vor allem in den Feldern der Kriegsopferfürsorge und der Integration behinderter Menschen in das Berufsleben, unterstrich Landesdirektor Uwe Brückmann. Der LWV-Chef wies auf die Herausforderungen der kommenden Jahre hin, die bei den Beratungen der Verbandsversammlung hier im Ständehaus, eine Rolle spielen werden: Es werde um die Frage gehen, wie eine wachsende Zahl behinderter Menschen bedarfsgerecht unterstützt werden könne, aber auch, wie diese Hilfen in Zeiten defizitärer öffentlicher Haushalte finanzierbar gehalten werden könnten. Hier sei man froh, immer wieder auch auf den Sachverstand des VdK zurückgreifen zu können. (jda)

www.lwv-hessen.de – Neues aus dem Netz



Im letzten LWV-Info haben wir an dieser Stelle auf die neue Startseite der LWV-Internetpräsentation aufmerksam gemacht. Wir haben die vorsichtige Prognose gewagt, dass wir durch die neue Aufmachung „in die Höhe schnellende Zugriffe“ erwarten. Von dem tatsächlichen Ergebnis waren selbst wir überrascht. Im Januar 2007 gab es rund 725.000 Zugriffe. Zum Vergleich: Bei 398.000 Zugriffen lag die Bestmarke vor Einstellung der neuen Startseite. Das sind 300.000 Zugriffe mehr, also fast das Doppelte – ein stolzes Resultat! Interneterfahrene wissen, dass die Zahl der Zugriffe allein keine echte statistische Aussage

ist. Aber der stetige Aufwärtstrend bei den Zugriffen weist ganz deutlich auf das zunehmende Interesse an der LWV-Internetpräsentation mit ihrem inzwischen gut ausgebauten Informationsgehalt hin. Dies macht sich deutlich bemerkbar an der monatlich gleichermaßen steigenden Zahl der unterschiedlichen Besucher (16.200), der Anzahl der Besuche (22.360) insgesamt sowie der aufgerufenen Seiten (99.560).

Bereits seit einigen Jahren finden Sie das LWV-Info auch im Internet. Mit dieser Ausgabe stellen wir das Info ergänzt um ein „online extra“ ins Internet. Dort finden Sie zukünftig Themen, Tipps und Texte zur Vertiefung, für die in der Papierausgabe kein Platz ist. Einen Hinweis darauf geben wir am Ende des jeweiligen Artikels. Hier wie auch sonst gilt: ein Besuch auf www.lwv-hessen.de lohnt sich immer.
Dieter Mühlhausen/(jda)

Engagement für die junge Generation

Für die „Übernahme der Ausbildungsverantwortung und die aktive Ausbildungstätigkeit“ hat die IHK Gießen-Friedberg das ZSP Mittlere Lahn gewürdigt. Durch eine Urkunde wird dem ZSP bestätigt, dass es betriebliche Qualität durch Ausbildung sichere und jungen Menschen das richtige Startkapital für deren beruflichen Erfolg vermittele. Neben zurzeit 49 jungen Menschen aus den beiden Kliniken, die im Krankenpflegeverbund Gießen/Haina/Marburg eine Ausbildung zum Gesundheits-/Krankenpfleger durchlaufen, bildet das ZSP zum Koch und zum Bürokaufmann/zur Bürokauffrau aus. (jda)

Selbstverletzendes Verhalten

„Erfahrene Belastung und psychische Folgen – wie Kinder und Jugendliche belastende Familienerfahrungen verarbeiten und in den Kontext ihrer eigenen Probleme stellen“ – so sperrig wie das Thema klang, so inhaltlich spannend war das 15. Herborner Arbeits- und Begegnungsforum der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie des Kindes- und Jugendalters der Rehbergpark gGmbH. Rund 120 interessierte Mediziner und Psychologen nahmen im November vergangenen Jahres an dem Forum teil, um Erfahrungen insbesondere zu selbstverletzendem Verhalten von Kindern und dessen Bedeutung auszutauschen. Zu Beginn des Forums erläuterte der Ärztliche Direktor der Klinik, Dr. Matthias Wildermuth, die Funktion selbstverletzenden Verhaltens als Selbstbeschädigung sowie als Bewältigung

spannungsreicher Erfahrung und die Bedeutung für das „Innere“ des Kindes. In der Praxis kann das etwa so aussehen, dass Kinder auf traumatische Erlebnisse damit reagieren, dass sie sich mit Rasierklingen schneiden, um eine Entlastung von seelischen Qualen zu erfahren oder sich selbst aufgrund von Scham oder Selbsthass zu bestrafen. Mit der Verletzung ist oft ein Gefühl innerer Ruhe verbunden. Dr. Wildermuth beleuchtete in seinem Vortrag insbesondere den damit verbundenen Suchtaspekt. Einen wesentlichen Appell richtete der Ärztliche Direktor an die Bezugspersonen selbstverletzender Kinder und Jugendlicher: trotz der Aufregung, die das Verhalten auslöst, Ruhe zu bewahren und eine geeignete Behandlung zu suchen. Im Anschluss wurde die Selbstverletzung bei Kindern in drei verschiedenen

Arbeitsgruppen anhand von Fallbeispielen thematisiert und diskutiert. In der ersten Arbeitsgruppe ging es um Suchtverhalten bei Eltern und die Folgen für die Kinder in der Familie, in der zweiten Arbeitsgruppe wurde der Umgang mit süchtigem Risikoverhalten bei Kindern- und Jugendlichen, wie etwa Schnüffeln von Klebstoff thematisiert und in der dritten Gruppe ging es um die sehr verbreitete Kombination von Essstörungen und selbstverletzendem Verhalten. Die Ergebnisse wurden in einem Abschlussplenum zusammengetragen. Das 16. Herborner Forum am 28. März 2007 thematisiert Teilleistungsstörungen wie Legasthenie und Dyskalkulie. (rvk)

| Nähere Informationen dazu:
ute.benner@rehbergpark.com

Elisabeth – „eine starke Frau“



Hilfe für Arme und Kranke: Die Heilige Elisabeth auf dem Philippstein der Klosterkirche Haina (Ausschnitt). Foto: Jörg Daniel

An Attributen mangelt es nicht: Sie reichen von der „Mutter Hessens“ über die „Revolutionärin der Nächstenliebe“ bis

hin zur „europäischen Heiligen“. All diese Zuschreibungen bezeichnen Eigenschaften einer tatsächlich nicht nur für die Geschichte eines Landes bedeutenden Figur und Ikone der Barmherzigkeit, die vor 800 Jahren geboren wurde: Die früh gestorbene und bereits vier Jahre nach ihrem Tod heilig gesprochene Elisabeth von Thüringen (1207 – 1231), die andernorts gemäß ihrer Herkunft unter dem Namen Elisabeth von Ungarn bekannt wurde, entfaltete ihr segensreiches Wirken vor allem in Hessen. Geschichtsinteressierten ist das Philipp-Jahr 2004, in dem der 500. Geburtstag des hessischen Landgrafen, Reformators und Begründers der Hohen Hospitäl gewürdigt wurde, noch in guter Erinnerung. Philipp der Großmütige stellte sich – nicht nur aufgrund der verwandtschaftlichen Beziehungen – in die Tradition dieser Frau mit ihrem „Lebensentwurf von vollständiger Armut, tätiger Nächstenliebe und selbstloser Hingabe“ (Volker Knüppel). Bereits im vergangenen November brachten das Hessische Staatsarchiv

und die Evangelischen Kirchen in Hessen eine Wanderausstellung zu Leben und Wirken Elisabeths auf die Reise in über 100 Städte. Sie wird in diesem Jahr auch in zwei Zentren für Soziale Psychiatrie des LWV zu sehen sein: In Haina gastiert sie vom 3. bis 17. Juni mit einem interessanten Begleitprogramm, im Riedstädter Philippshospital kann sie vom 16. bis 29. Oktober besucht werden. Die hessische Landesausstellung „Elisabeth in Marburg – Der Dienst am Kranken“, die vom 24. März bis zum 25. November in Marburg gezeigt wird, kam unter Mitwirkung des LWV zustande. Sie zeigt eine Installation des Hospitals Haina im 18. Jahrhundert und greift dabei auf Exponate des dortigen Psychiatriemuseums und Archivs zurück. Die Ausstellungseröffnung wird durch ein Symposium der Universitäten von Marburg und Kassel zur „Krankenversorgung zwischen Caritas, Medizin und Ökonomie“ begleitet, bei der LWV-Mitarbeiterin Dr. Christina Vanja den Eröffnungsvortrag hält. (jda)

| Informationen zum Elisabeth-Jahr gibt es unter www.800-jahre-elisabeth.de; der LWV-Veranstaltungskalender unter www.lwv-hessen.de enthält Näheres zu den Veranstaltungen in Haina

Unterstützung beim Berufsstart



Stoßen auf eine qualifizierte Ausbildung an: Gastronomie-Azubis der Schottener Reha Einrichtungen.

Foto: Gemeinnützige Schottener Reha Einrichtungen GmbH

Großer Bahnhof bei den gemeinnützigen Schottener Reha Einrichtungen: Im vergangenen November wurde mit dem Ausbildungszentrum eine neue zentrale Ausbildungs- und Schuleinheit in

Betrieb genommen. Auch blickte die Einrichtung mit Geschäftsführer Gerhard Schemenau an der Spitze auf über 20 Jahre berufliche und soziale Integration in der Region Vogelsberg zurück. Mit dem neuen Ausbildungszentrum stehe nun eine wesentlich verbesserte Infrastruktur für die berufliche Qualifizierung junger Menschen zur Verfügung, befand LWV-Beigeordneter Dr. Peter Barkey in seinem Grußwort. Das neue Angebot ermögliche es, den individuellen Förderbedarf der Auszubildenden umfassend abzudecken. Auch lenkte der Beigeordnete seinen Blick auf die für die Region als eher ungünstig prognostizierte Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung: „Das Erfordernis zur beruflichen Qualifikation und damit die Voraussetzung zur Behauptung im Wettbewerb mit anderen wird umso zwingender“. Er freue sich daher, dass der LWV das neue Ausbildungszentrum mit 425.000 Euro aus Mitteln der Ausgleichsabgabe habe fördern können.

Kernstück des neuen Ausbildungszentrums ist der Bereich Hauswirtschaft. Dort stehen künftig eine zeitgemäße Ausbildungsküche sowie ein Ausbildungsrestaurant zur Verfügung. Die neuen Förderunterrichtsräume werden nicht nur von 18 Gastronomie-Auszubildenden, die eine außerbetriebliche Ausbildung durchlaufen, genutzt, sondern bieten auch Platz für Teilnehmer/innen von berufsvorbereitenden Maßnahmen sowie den Auszubildenden in den Bereichen Metall, Maler und Lackierer sowie im Bauhandwerk.

Mit ihren Ausbildungsangeboten decken die Schottener Reha Einrichtungen das gesamte Handlungsfeld der beruflichen Rehabilitation von benachteiligten und behinderten Jugendlichen und jungen Erwachsenen ab. Etwa 230 behinderte und benachteiligte Jugendliche und junge Erwachsene absolvieren eine Ausbildung in 15 verschiedenen Berufen oder werden in Kursen auf den beruflichen Einstieg vorbereitet. (jda)

Für Teilhabe – gegen Diskriminierung

Behindertenpolitik wird zunehmend auch zum internationalen Thema: Im vergangenen Dezember hat die UN-Generalversammlung eine Konvention über die Rechte behinderter Menschen verabschiedet, 2007 wurde zum „Europäischen Jahr der Chancengleichheit“ ausgerufen. Für die betroffenen Menschen stellt sich wie so oft die Frage: Beschränken sich die Beschlüsse auf wohlmeinende, aber folgenlose Beteuerungen oder kommt die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen einen Schritt voran? Weltweit gibt es über 600 Millionen Menschen mit einer Behinderung, behinderte Menschen repräsentieren somit einen großen Teil der Weltbevölkerung. Dieser Gruppe werden aber nach wie vor in vielen Regionen der Erde fundamentale Rechte verwehrt. Besonders auf diesen Aspekt hebt die UN-Resolution ab und fordert dazu auf, Diskriminierung abzubauen und Chancengleichheit zu fördern. Deutschland hatte sich im Verlauf der langen Verhandlungen für die Konvention eingesetzt. Zur nationalen Anerkennung

bedarf es allerdings noch der Ratifikation in den Mitgliedsstaaten. Das Ziel einer diskriminierungsfreien Gesellschaft hat auch die Europäische Union im Auge. Sie möchte 2007 ihre Bürger für eine gerechte, durch Zusammenhalt geprägte Gesellschaft sensibilisieren. Die Aktionen starteten Ende Januar mit dem ersten Gipfel für Chancengleichheit in der EU-Geschichte. Dort wurden die Ergebnisse einer EU-weiten Befragung vorgestellt: Danach sind 64 % der EU-Bürger der Meinung, Diskriminierung und Ausgrenzung seien noch immer weit verbreitet, 51 % wollen, dass mehr dagegen getan wird. In den EU-Mitgliedsstaaten wurden nationale Aktionsprogramme erarbeitet, aus denen auch Zuschüsse beantragt werden können. Ange-

der Komplexität dieser Themen sind instruktiv verfasste Handreichungen besonders hilfreich. Eine Einführung in die europäische und internationale Behindertenpolitik hat nun „Netzwerk Artikel 3 e. V.“ vorgelegt. Die Broschüre enthält auch einen umfangreichen Serviceteil sowie einen Textteil in leichter Sprache. (jda)

| Weitere Informationen zur UN-Konvention unter www.un.org/esa/socdev/enable, zum Europäischen Jahr unter <http://equality2007.eu>. Die Broschüre gibt es bei „Netzwerk Artikel 3 e.V.“, Tel.: 0 30 / 4 36 44 41 oder per E-Mail hgh@nw3.de



2007 — European Year of Equal Opportunities for All

Fachtagung beleuchtet Veränderungen beim Betreuten Wohnen



Betreutes Wohnen bedeutet Freiheit und Privatheit – ohne Sicherheit aufzugeben. Hier ein Objekt der Lebenshilfe Waldeck-Frankenberg.

Foto: Lebenshilfe Waldeck-Frankenberg

In Fulda haben sich im Dezember rund 70 Teilnehmer/innen einer Fachtagung mit den Folgen der Selbstbeteiligung an den Kosten des Betreuten Wohnens behinderter Menschen beschäftigt. Veranstalter der Tagung waren neben dem LWV die LAG Wohnen (Zusammenschluss der Leistungsanbieter im Betreuten Wohnen) und die FH Wiesbaden.

Nach einer Änderung des Sozialgesetzbuches Teil XII (SGB XII) prüft der LWV als Kostenträger seit dem 1. Juli 2005 Einkommen und Vermögen auch bei ambulanten Hilfen wie dem Betreuten Wohnen. In der Folge dieser Überprüfung kam es zu zahlreichen Abmeldungen aus dieser Hilfeform: Von Januar bis Juli 2005 sank die Zahl der Nutzer des Betreuten Wohnens, die im Leistungsbezug des LWV standen, von 7.134 auf 6.424 Menschen, ein Rückgang von rund 10 %. Bei der Gruppe der seelisch behinderten Menschen schieden von 3.664 Menschen 542 aus dem Betreuten Wohnen aus. Der Rückgang betrug hier rund 15 %.

Aus Verantwortung diesem Personenkreis gegenüber hat der LWV die Fachhochschule Wiesbaden bei einer Studie unterstützt, in der es um die Gründe der Abmeldung und um die gegenwärtige Lebenssituation der Betroffenen ging. Die Ergebnisse zeichnen ein differenzier-

tes Bild der Veränderungen.

In schriftlichen und mündlichen Interviews wurden ausgeschiedene Nutzer – vorrangig seelisch behinderte Menschen – von Prof. Dr. Reinhard Peukert und seinem Team zu den Erfahrungen befragt, die sie im Betreuten Wohnen und nach dem Ausscheiden sammeln konnten. Darin erhielt das Betreute Wohnen überwiegend sehr gute Noten. Es wird von den Nutzern als geeignete Hilfestellung empfunden und unterstützt sie in ihrem Bestreben nach einer weitgehend eigenständigen Lebensführung. Rund 12 % der Befragten sahen in der Überprüfung der finanziellen Situation einen Anlass, künftig auf eigenen Füßen stehen zu wollen. Als positive Gründe für die Abmeldung führten sie an, sich wohl zu fühlen und das Betreute Wohnen nicht mehr zu benötigen.

Rund 25 % der Befragten schieden – aus finanziellen Gründen – vorschnell aus dem Betreuten Wohnen aus. In vielen Fällen kamen diese Abmeldungen auch zustande, weil die Betroffenen nicht über ausreichende Informationen verfügten. Aufgrund besserer Aufklärung hat sich der Trend inzwischen umgekehrt: Der Zulauf zum Betreuten Wohnen ist 2006 wieder deutlich größer geworden, darunter sind auch „Rückkehrer“. (jda)

„Ein Klassenzimmer für Kenia“

... unter diesem Motto unterstützten Schülerinnen und Schüler der Idsteiner Feldbergschule das Hilfsprojekt „Straßenkinder“ des Fördervereins Nordkenia. Klaus Holzäpfel vom Förderverein hatte das Projekt bei einem Besuch in der Schule vorgestellt.

Die Feldbergschüler verkauften auf dem Idsteiner Weihnachtsmarkt selbst hergestellte Produkte und spendeten die Hälfte des Erlöses – über 800 Euro – für die Einrichtung von zwei Klassenzimmern im St. Claire Girls Center in Nchiru. (mbr)

| Weitere Informationen unter www.schulserver.hessen.de/idstein/feldberg/projekte

Erster Angehörigen- und Patiententag in Köppern

„Alkohol und Medikamentenabhängigkeit“ war der Themenkomplex des ersten Angehörigen- und Patiententages, zum dem das Waldkrankenhaus Köppern Anfang November vergangenen Jahres interessierte Bürger in den Festsaal eingeladen hatte. Fachvorträge von Klinikmitarbeitern zu Abhängigkeitserkrankungen und Therapieangeboten sowie eine Fragestunde mit Experten unterschiedlicher Fachrichtungen und die Besichtigung der Station 1 für Alkohol- und Medikamentenabhängige boten ein breites Informationsspektrum. Dieser Informationstag, zu dem auch ehemalige Patienten kamen, fand in der Bevölkerung großen Anklang, so dass im ZSP Hochtaunus über weitere solche Angebote nachgedacht wird. (rvk)

Station 1 zur Behandlung Alkohol- und Medikamentenabhängiger. Foto: Dieter Becker





Teil der integrierten Behandlung: Multiprofessionelles Team des ZSP Kurhessen bei einer Besprechung.

Foto: Michael Grün

Integrierte Behandlung im ZSP Kurhessen

Zur psychiatrischen Behandlung gehören stationäre, teilstationäre und ambulante Hilfeformen. Wurde im stationären bzw. im teilstationären Bereich traditionell darauf geachtet, dass für die Patienten eine für die Gesundheit förderliche therapeutische und pflegerische Kontinuität erreicht wird („Bezugspflege“), gibt es insbesondere zum ambulanten, vor- oder nachsorgenden Sektor noch immer Brüche, weil hier eine betreuende Konstanz nicht erreicht wird. Dieser Sachverhalt und die Tatsache, dass Änderungen im Sozialgesetzbuch Teil V neue Möglichkeiten

schaffen, war Ausgangsüberlegung für ein neues Behandlungskonzept, das seit einigen Monaten in der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie des ZSP Kurhessen eingeführt wird und insbesondere dem Gedanken einer „Integrierten Behandlung“ zum Durchbruch verhelfen möchte. „Dieses Behandlungskonzept ist für den Patienten äußerst effektiv. Es ist verstärkt auf seine Bedürfnisse ausgerichtet. Die ‚Integrierte Behandlung‘ verbessert die Heilungschancen deutlich“, bewertet Professor Dr. Heinrich Kunze, Ärztlicher Direktor der Klinik, die bisher gemacht

ten praktischen Erfahrungen. Dazu hat sich die Merxhäuser Klinik auf den Weg eines Umbaus von Behandlungsprozessen gemacht, bei dem die Perspektive der Patienten und nicht die organisatorische Logik einer Klinik mit Stationen und Abteilungen ausschlaggebend sein soll. Schon jetzt lässt sich sagen, dass die verschiedenen Therapieabschnitte durch die Veränderungen in der Klinik besser integriert seien und insbesondere die Zusammenarbeit mit anderen therapeutischen Institutionen besser funktioniere.

Dabei seien die Startbedingungen für das Modell nicht die günstigsten gewesen, betont der Ärztliche Direktor: Vom Krankenhaus-Budget würde 1 % abgezogen, um damit Verträge zur integrierten Behandlung in somatischen Krankenhäusern zu finanzieren. Diese Quersubventionierung durch die Psychiatrie sei zu kritisieren. Dennoch habe sich die Merxhäuser Klinik schnell die „hervorragende Grundidee“ zu eigen gemacht, denn langfristig verspricht sich die Klinik nicht nur mehr psychisch gesunde Menschen, sondern auch positive Rückwirkungen auf die Gesundheitsbudgets, da therapeutische Ressourcen zielgenauer eingesetzt würden: „Psychiatrie kann kostengünstiger arbeiten, wenn die Dosis Krankenhausbehandlung gesenkt wird“, sagte Kunze kürzlich einer Tageszeitung. (jda)

Bündnis gegen Depression Groß-Gerau

„Trauer, Verlust und Depression“ lautete das Thema der Veranstaltung, mit der das „Bündnis gegen Depression im Kreis Groß-Gerau“ im November vergangenen Jahres sein einjähriges Bestehen beging. 2004 gründete sich die Gruppe im Kreis Groß-Gerau in Trägerschaft der Stiftung für seelische Gesundheit und ging mit einer großen Veranstaltung 2005 erstmals an die Öffentlichkeit. Mittlerweile hat es eine Reihe von Fortbildungen für Fachleute sowie Vorträge und andere Veranstaltungen für Interessierte aus der Region gegeben. Neben Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Sozialpsychiatrischen Vereins Kreis Groß-Gerau e.V., des Sozialpsychiatrischen Dienstes, des Diakonischen Werkes, der Klinikseelsorge engagieren sich auch Beschäftigte der beiden LWV-Häuser, der Walter-Picard-Klinik und der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie Riedstadt im Bündnis.

Das bundesweite „Bündnis gegen Depression“ entstand 2002 im Rahmen des „Kompetenznetzes Depression, Suizidalität“, einem bundesweiten Netzwerk zur Optimierung von Forschung und Versorgung im Bereich depressiver Erkrankungen. Das Projekt wird gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF). Rund 30 Städte und Kommunen haben sich mittlerweile dem Bündnis angeschlossen und engagieren sich auf lokaler Ebene. In Hessen gibt es neben dem im Kreis Groß-Gerau weitere lokale Bündnisse im Schwalm-Eder-Kreis sowie in Hanau und Darmstadt. (rvk)

| Informationen zu den Angeboten des „Deutschen Bündnisses gegen Depression e.V.“ unter

www.buendnis-depression.de

Informationen zum Bündnis im Kreis Groß-Gerau unter www.bgd-gg.de

„Depression – Nie die Hoffnung aufgeben!“

Unter diesem Thema stand im November vergangenen Jahres eine Buchpräsentation in der LWV-Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Gießen, Betriebszweig des Zentrums für Soziale Psychiatrie Mittlere Lahn. Helmut Hupfer, Leiter der Selbsthilfegruppe Fürth III für depressive Menschen, stellte sein Buch „Depression – Biographie eines Betroffenen“ vor. In dieser sehr persönlich gehaltenen Veröffentlichung beschreibt der Autor seine eigene Lebensgeschichte und will so allen Betroffenen und ihren Angehörigen Mut machen. (rvk)

| Das Buch ist im Selbstverlag erschienen und zum Preis von 20 Euro plus 2,50 Euro Versandkosten zu bestellen bei: Helmut Hupfer, Tel.: 09 11/2 16 99 55

„Ja, renn nur nach dem Glück...“ – Kann man heute noch glücklich sein?

Das Märchen vom „Hans im Glück“ ist ein zugkräftiger Beweis, dass Glück als emotionaler Faktor eines augenblicklichen (oder auch anhaltenden) Wohlbefindens fast gar nichts mit „objektiven“, also mess- und vergleichbaren Umständen zu tun hat: Der junge Hans tauscht sein jeweiliges Vermögen in Gestalt eines Tieres gegen ein geringwertigeres ein, bleibt aber dennoch frohen Mutes, weil er glaubt, etwas Begehrteres erhalten zu haben. Am Ende ist er völlig vermögenslos, aber noch immer glücklich. Ein Phänomen, welches nicht nur im Märchen zu finden, sondern auch in der gesellschaftlichen Wirklichkeit festzustellen ist: Ökonomen, die sich mit dem Glücksbegriff aus der Perspektive ihres Faches beschäftigten, stellten fest, dass Menschen in reichen, entwickelten Gesellschaften nicht glücklicher sind als in armen, obwohl

sie über alles (?) verfügen, was einen Menschen eigentlich glücklich machen müsste. Die Schweizer Psychologin Muna El-Giaml berichtet von einer Untersuchung, bei der sich die „Relativitätstheorie des Glücks“ bestätigt fand: Dort erhob man die Glückseinschätzung von Lotteriegewinnern (hohes Glücks-



Foto: Dieter Becker

José Policarpo,

Betriebselektriker im ZSP Hochtaunus

Ich bin von Grund auf positiv eingestellt und versuche, stets das Beste aus meinem Leben zu machen. Dabei unterstützen mich meine Ehefrau Jesuina und meine beiden Kinder. Wichtig ist mir auch ein partnerschaftliches und humorvolles Verhältnis zu meinen Arbeitskollegen. Seit einer schweren Erkrankung vor einigen Jahren weiß ich, dass sich Ärger über Nebensächlichkeiten nicht lohnt. Statt dessen nehme ich das Leben locker nach dem Motto: „Es gibt keine Probleme, nur Lösungen!“

gefühl) und Unfallopfern (niedriges Glücksgefühl). Bereits etwa ein halbes Jahr nach dem Ereignis pendelte sich die Glückseinschätzung wieder ein. Vermeintlich Überglückliche und vermeintlich Unglückliche hatten wieder ein etwa gleich hohes Glücksgefühl. In Deutschland haben die Demoskopien in den vergangenen Jahren – trotz anhaltend hohem Wohlstandsniveau – so manches Stimmungstief ausgemacht. Dies nicht nur bei Menschen, die von Schicksalsschlägen betroffen sind. Wie also kann es auf gesellschaftlicher wie auf individueller Ebene gelingen, diesen Prozess zu stoppen? Zweifelsohne gilt es, an krankmachenden Ursachen in Familie, Schule und Arbeitswelt



Foto: privat

Marion Hennemann-Wagner,

Altenpflegerin in der gerontopsychiatrischen Ambulanz des ZSP Kurhessen

Ja, natürlich kann man heute glücklich sein. Wann sonst? Zuversicht entsteht aus ZufRIEDENheit. Das kann beim Begleiten eines Sterbenden erlebt werden, wenn er endlich loslassen kann und im Raum fast körperlich eine sanfte Stille wahrnehmbar ist oder auch bei den sogenannten „einfachen Dingen“ des Lebens, wenn das Innere mit dem Äußeren im Gleichklang ist. Bei einem leckeren Stück Streuselkuchen oder wenn ich einem anderen Menschen in die Augen schaue und das Leben darin sehe. Und gibt es nicht überall Bäckereien und haben nicht ganz viele Menschen Augen?

anzusetzen. Beispielsweise durch Regeln, die verhindern, dass immer mehr Arbeitnehmer durch die Folgen von Mobbing aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Beispielsweise, indem Vereinzelung, Vereinsamung und Ausgrenzung in einer brüchig gewordenen Sozialstruktur entgegengewirkt wird. Aber beispielsweise auch durch eine individuelle Strategie, die persönliches Glück und Wohlbefinden steigert. Hier gibt es so viele Strategien wie Individuen. Wenn es gelingt, „Glücklichsein“ zu einer stabilen, dauerhaften und unabhängigen Persönlichkeitseigenschaft zu entwickeln, vermag man auch manch äußerem „Frust“ zu entfliehen. (jda)

| 20 Tipps, wie Sie Ihre individuelle Zuversicht steigern können, gibt Ihnen Prof. Dr. Hartmut Berger im online extra des LWV-Info unter www.lwv-hessen.de/Presse/LWV-Info



Foto: privat

Jörg Fischer-Pleil,

Leitender Psychologe in der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Gießen

Auch wenn's seltsam klingt – man muss sich dazu entschließen, glücklich zu sein. Aus der unendlichen Fülle von Möglichkeiten werden wir einige erleben können, aber niemals alle. Schließlich werden wir feststellen: Glück kommt mehr von innen als von außen, mehr aus der Einfachheit als aus der Fülle. Glück hat mehr mit Begrenzung zu tun, als mit Grenzenlosigkeit, mehr mit Festlegung als mit Freiheit, mehr mit Annehmen als mit Besiegen, mehr mit dem Eingeständnis der eigenen Begrenztheit, als mit der grenzenlosen Suche. Wer das akzeptieren kann, ist glücklich.

„Mit dem IFD ein Rettungsanker im Gepäck“

– Integrationsfachdienste unterstützen behinderte Menschen im Beruf –

Das Beispiel Wiesbaden

Andrea P. erzählt ihrer Beraterin des Integrationsfachdienstes (IFD) Wiesbaden von den Reaktionen ihrer neuen Kollegen: „Die finden meine Arbeit gut, die schätzen mich als Mensch und als Kollegin. Jetzt soll ich sogar einen Arbeitsvertrag bekommen.“ Conny Schaefer vom IFD lächelt. Sie begleitet die junge Frau, seit Andrea P. nach zweijähriger Arbeitslosigkeit eine neue Stelle angetreten hat. Diese Stelle zu finden war nicht einfach, denn die junge Frau leidet immer wieder an Schüben von Depression, und es fehlt ihr an Selbstbewusstsein.



Schaefer und ihre Kollegen vom IFD in Wiesbaden - der IFD für die Landeshauptstadt wird von der Werkgemeinschaft Rehabilitation Wiesbaden e. V. getragen - haben es täglich mit Menschen zu tun, die bei der Sicherung ihrer Arbeitsplätze oder der Suche nach einem Arbeitsplatz besondere Hilfe benötigen.

„Wir verstehen uns als Vermittler zwischen diesen Menschen und den Arbeitgebern“, betont Bereichsleiterin Heike Barth. Sie und ihr Team geben Hilfestellung, wenn Schwierigkeiten am Arbeitsplatz auftreten. Bei Bewerbungen spricht der IFD mit seinen Klienten über Stärken und Schwächen, sucht bei Arbeitgebern in der freien Wirtschaft und im öffentlichen Dienst nach passenden Stellen. So umfasst das Aufgabenspektrum der IFD die berufliche Eingliederung, Beratung und Vermittlung schwerbehinderter Menschen. Zwischen der Kontaktaufnahme und dem ersten Gesprächstermin liegen in der Regel nicht mehr als zwei Wochen.

Die Beratungsarbeit selbst, die individuell und kontinuierlich gestaltet ist, wird vom IFD geleistet. Beim Integrationsamt, das in Hessen in Trägerschaft des LWV arbeitet, laufen die Fäden zusammen. Der IFD erhält vom Integrationsamt den Auftrag

Ansprechpartner für Arbeitnehmer und Arbeitgeber: IFD-Fachberater Faribors Kasemsadeh (r.) im Gespräch mit Druckereileiter Dietmar Liwald (l.) und Mitarbeiter Karl-Heinz W.

Foto: IFD Wiesbaden

zur Arbeitsplatzsicherung und Arbeitsvermittlung. Vermittlungsaufträge kommen auch von anderen Rehabilitationsträgern. Im Integrationsamt werden die Anträge auf Kündigung schwerbehinderter Menschen geprüft. Dort wird ermittelt, welche Betriebe in welcher Höhe eine Ausgleichsabgabe bezahlen müssen, weil sie ihrer Beschäftigungspflicht von schwerbehinderten Menschen nicht nachkommen. Auch können sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer fachliche Unterstützung holen, wenn diese aufgrund einer Behinderung eines Arbeitnehmers benötigt wird.

Suche nach beruflichen Alternativen

Andrea P., die zurzeit ein Praktikum in einer Behörde macht, hat eine Ausbildung zur Mediengestalterin absolviert. „Die

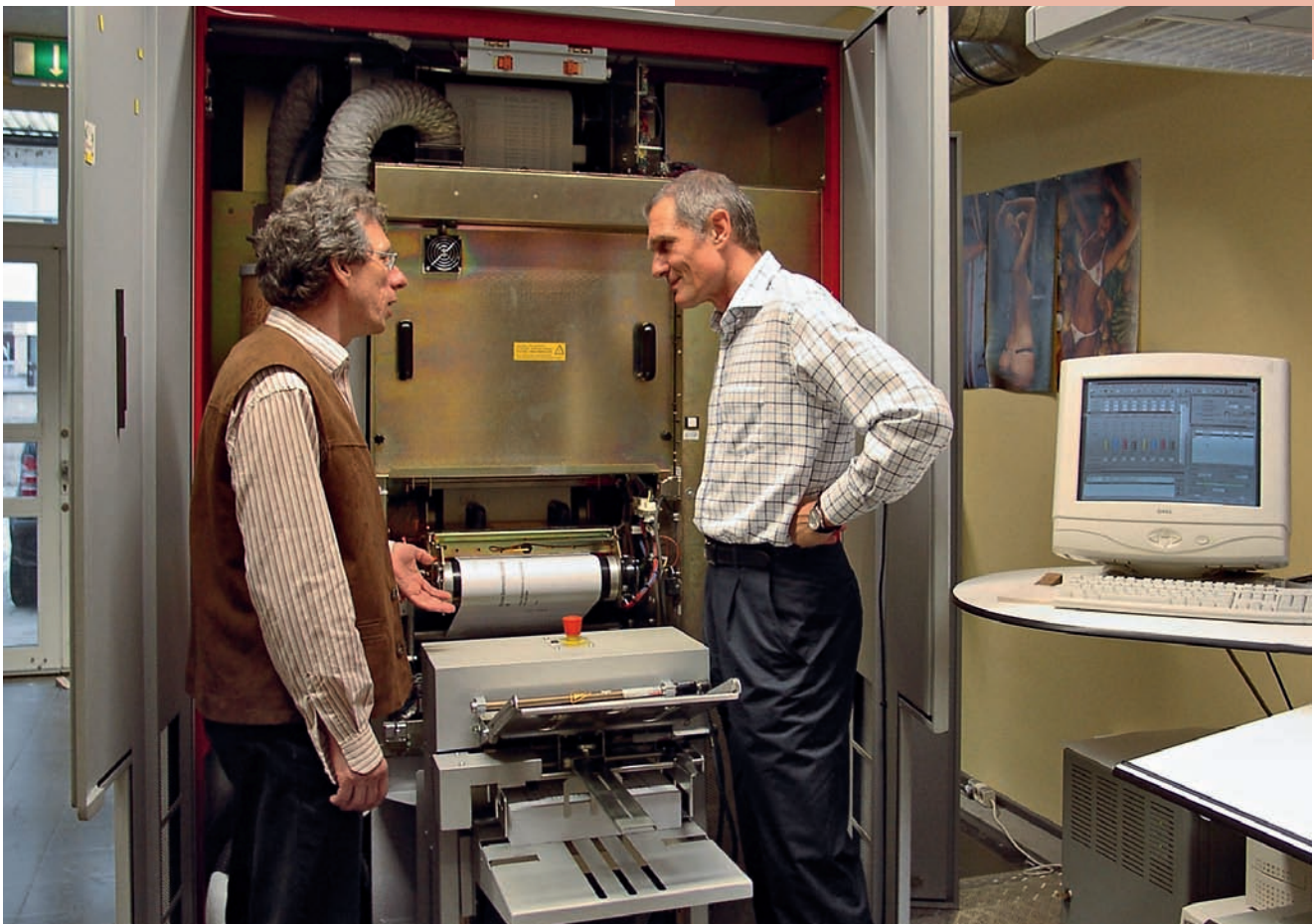
meisten verwechseln das mit Design, aber ich bekomme normalerweise das fertige Design geliefert und bearbeite es so weiter, dass es gedruckt werden kann“, erklärt sie. Die Mediengestalterin kennt sich mit den gängigen Computerprogrammen aus. Und sie weiß natürlich, wie man Darstellungen lebendiger gestalten kann durch grafische Elemente, auch wenn das nicht zum Berufsbild gehört. Die wichtigsten Arbeitgeber für Mediengestalter sind Druckereien. Die Schwierigkeit: Schichtarbeit, in Druckereien üblich, verträgt sich nicht mit Andrea P.'s Grunderkrankung. Die Arbeitsstelle, die sie 2005 angetreten hat, erschien ihr hingegen geeignet. „Aber ich durfte nur Hilfsarbeiten erledigen und mir wurde von vornherein deutlich gemacht, dass meine Leistung in den Augen der Chefin nur ungenügend war“, erzählt Andrea P. Damit wandte sie sich im Mai 2005 an den IFD, Conny Schaefer übernahm ihre Betreuung. „Wir haben zunächst ausgelotet, ob sich die Situation am bisherigen Arbeitsplatz so umgestalten lässt, dass Frau P. dort weiter arbeiten kann“, schildert Schaefer. Dies war jedoch nicht möglich, da die Arbeitgeberin das Gespräch mit dem IFD und eine Veränderung der Arbeitsbedingungen ablehnte und schließlich eine Kündigung aussprach. So konzentrierte sich die Beratung des Integrationsfachdienstes auf die Entwicklung einer neuen beruflichen Perspektive. Die Suche nach Alternativen war schwierig, zweimal schien ein Praktikumsplatz greifbar nahe. „Beide Male ist die Sache geplatzt, bevor Andrea P. überhaupt zeigen konnte, was sie kann“, bedauert Schaefer. Schon die Behandlung an der vorherigen Arbeitsstelle hatte heftig am Selbstbewusstsein Andrea P.'s genagt, jede weitere

Vertrauensleute für schwerbehinderte Menschen - wichtige Kooperationspartner in Betrieben: IFD-Fachberater Reinhard Goldbach (r.) im Gespräch mit Vertrauensmann Roland Kaiser. Foto: IFD Wiesbaden

Integrationsfachdienste – Leistungen auf einen Blick

Die Strukturverantwortung für die Integrationsfachdienste (IFD) liegt seit 2005 beim LWV-Integrationsamt. Von dort werden die IFD beauftragt und durch Mittel aus der Ausgleichsabgabe finanziert. Neben dem Integrationsamt beauftragen auch andere Leistungsträger den IFD im Einzelfall. Hierdurch erzielt er einzelfallbezogene Honorare. Bei freien Trägern angesiedelt, arbeiten in Hessen 24 Integrationsfachdienste mit insgesamt rund 130 Fachkräften. Inzwischen sind die IFD sehr gefragte Ansprechpartner für Betriebe und schwerbehinderte Menschen, da sie arbeitsplatzsichernde und arbeitsplatzvermittelnde Leistungen flächendeckend und betriebsnah anbieten. Die IFD erbrachten 2006 Beratungs- und Vermittlungsleistungen für 6.987 schwerbehinderte Menschen, darunter 3.729 Menschen, die bei der Arbeitsaufnahme beraten wurden. Im Bereich der Sicherung von Arbeitsplätzen wurden 3.258 Menschen beraten und berufsbegleitend unterstützt. Durch den besonderen Unterstützungsbedarf erfolgt je nach Erfordernis eine kurzzeitige oder längere Beratung. Auch für den Personenkreis der hörbehinderten Menschen wird durch die IFD ein flächendeckendes Angebot vorgehalten: In 8 ausgewählten IFD stehen gebärdensprachkompetente Fachkräfte zur Verfügung. Von 2007 bis 2011 wird das Arbeitsmarktprogramm „Job 4000“ als Leistungserweiterung für die IFD hinzukommen. Für die Begleitung und Vermittlung von schwerbehinderten Jugendlichen aus Hessen stehen jährlich ca. 190.000 Euro zur Verfügung. Über das Sonderprogramm sollen 300 Jugendliche auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt Ausbildung und Beschäftigung erhalten. Integrationsamt/(jda)

| Mehr Informationen erhalten sie im Internet unter: www.IFD-Hessen.de





Auch am Arbeitsplatz präsent: IFD-Fachberaterin Conny Schaefer (l.) besucht Rosanna H. an ihrem Arbeitsplatz, wo sie seit vielen Jahren im Reinigungsbe-
reich tätig ist. Foto: IFD Wiesbaden

Kundenberater und Kassierer gearbeitet, insgesamt sind das jetzt 38 Jahre. Als die Umstrukturierungswelle bei den Banken einsetzte, bildete auch sein Arbeitgeber keine Ausnahme. K. fühlte sich unsicher, wusste nicht, ob er noch willkommen war. Hinzu kam die höhere Belastung, die entsteht, wenn die Arbeit auf weniger Schultern verteilt wird. „Und ich fühle mich immer für alles verantwortlich“, so der Bankangestellte. Die Arbeit türmte sich, er wurde krank, dachte über Vorruhestand nach.

Doch wusste er, dass er seine

Absage setzte ihr weiter zu. Die psychische Erkrankung verschärfte die Situation, ließ P. manchmal glauben, alles sei aussichtslos, das Leben sinnlos. Die regelmäßigen Gespräche beim IFD gaben ihr Halt in dieser Zeit und geben ihr bis heute Kraft, auch jetzt beim Klären der Formalitäten für die neue Stelle. Hier konnte Andrea P. ihren künftigen Arbeitgeber in einem Praktikum von ihrer Arbeitsleistung überzeugen. Conny Schaefer ist für Andrea P. wie ein Rettungsanker im Gepäck: „Allein das Gefühl, dass dieser Anker da ist, gibt mir so viel Sicherheit, dass ich ihn oft gar nicht brauche.“

Wiedereinstieg organisieren

Diese Stütze ist wichtig für die Menschen, die hier Hilfe suchen. Doch Heike Barth unterstreicht, dass der IFD in gleichem Maße auch für die Arbeitgeber da ist: „Wir gleichen ganz genau ab, welche Fähigkeiten unser Klient mitbringt und wie diese mit den Anforderungen übereinstimmen, die in der täglichen Arbeit gestellt werden.“

So besuchen die IFD-Fachkräfte häufig Betriebe, beraten bei Fragen, wie ein Arbeitsplatz behindertengerecht gestaltet werden kann, beraten auch zur beruflichen Wiedereingliederung, bei Konflikten und Verhaltensproblemen. Sie vermitteln Unterstützung, zum Beispiel, wenn für einen Vorstellungstermin eines hörgeschädigten Bewerbers ein Gebärdensprachdolmetscher gebraucht wird, stellen den IFD in Personalabteilungen und Schwerbehindertenversammlungen vor. Sie sprechen mit den Vertrauensleuten in den Betrieben, aber auch mit den Kollegen, den direkten Vorgesetzten oder den Vertretern der Geschäftsleitung. „Wenn es dabei um einen konkreten Fall geht, passiert das alles natürlich in Absprache und mit dem Wissen unserer Klienten“, betont Faribors Kasemsadeh, ebenfalls Berater des IFD.

So hat er auch das Gespräch gesucht mit dem Personalverantwortlichen einer Bank, bei der sein Klient Lothar K. arbeitet. Bei dieser Bank hat K. seine Ausbildung absolviert, später als

Familie mit dem Vorruhestandsgehalt nicht über Wasser würde halten können. „Manchmal dachte ich, allen würde es besser gehen ohne mich“, schildert er seine Gefühle damals. Er dachte an Suizid, erlitt einen Hörsturz, kam schließlich ins Krankenhaus und dann zur Kur. Über ein Jahr war er arbeitsunfähig. Danach wusste er nicht, wie die Rückkehr an den Arbeitsplatz aussehen könnte.

In dieser Situation wendet er sich an das Integrationsamt, sein Ansprechpartner hört zu, vermittelt ihn zum IFD. Gemeinsam mit dem Arbeitgeber haben Kasemsadeh und K. einen stufenweisen Wiedereinstieg ausgelotet, seit Oktober arbeitet der Bankangestellte nun wieder als Kassierer, hält weiterhin regelmäßig Kontakt mit seinem IFD-Berater. „Als Kassierer hat man eine große Verantwortung, die Kasse muss stimmen, jeden Abend. Inzwischen arbeite ich oft die Mittagspause durch“, berichtet er. Kasemsadeh sagt: „Ich glaube, damit müssen wir uns näher beschäftigen.“ Denn eine erneute Spirale der Überforderung will der Berater seinem Klienten ersparen.

Beide Seiten motivieren

Dass Oliver H. sich überfordert fühlen könnte, darüber muss sich Claudia Müller-Arndt keine Gedanken machen. Sie ist ausschließlich für hörbehinderte Klienten des IFD zuständig und hat Gebärdensprache studiert. Für ihre Klienten ein großer Vorteil. „Bei mir kann die Beratung auch in Gebärdensprache stattfinden“, erklärt sie. Gemeinsam mit Oliver H. hat sie lange nach einer passenden Stelle gesucht. „Er brachte nicht eine zu geringe Qualifikation mit, sondern ein Zuviel“, sagt sie. Denn nach seinem Studium musste er aus gesundheitlichen Gründen umschulen, absolvierte deshalb eine kaufmännische Ausbildung. „Er konnte überhaupt nicht verstehen, weshalb er keine Chance bekommen sollte. Denn alle Eigenschaften wie Zuverlässigkeit, fundierte Qualifikation, Flexibilität sind bei ihm vorhanden“, erzählt seine Beraterin weiter. Er

war frustriert, brauchte Motivation. Schließlich brachte das Gespräch mit einem Gesamtschwerbehindertenvertreter H. und Müller-Arndt weiter. „Es kam ganz schnell zu einem Vorstellungsgespräch“, so Müller-Arndt. Jetzt hat H. zwar einen relativ weiten Weg zur Arbeit, aber seine Aufgabe macht ihm Freude. Und seine Kollegen stehen hinter ihm: Was zunächst als achtwöchiges Praktikum bei einer Landesbehörde gedacht war, mündete in einen auf drei Jahre befristeten Arbeitsvertrag – „weil die Kollegen für ihn gekämpft haben und ihn nicht wieder gehen lassen wollten“.

Das ist eines der Paradebeispiele, wie berufliche Eingliederung bei hörbehinderten Menschen gelingen kann. „Aber Viele haben in diesem Bereich mit Problemen zu kämpfen, die für den Außenstehenden so gar nicht fassbar sind“, fügt Müller-Arndt hinzu. Denn, so betont die IFD-Fachfrau, wenn Hörende und Hörbehinderte oder gar Gehörlose miteinander arbeiten, treffen unterschiedliche Kulturen aufeinander.

Meist gehen beide Seiten außerhalb der Arbeit getrennte Wege. „Aber viele Hörgeschädigte haben nicht das Selbstbewusstsein, dass sie diesen Frust einfach wegstecken“, fügt Müller-Arndt hinzu. Aus dieser Situation heraus entstehen immer wieder Missverständnisse. Müller-Arndt muss viel Aufklärung betreiben: „Bei mir ist Wissensvermittlung gefragt, zum Beispiel an Schulen, aber auch in Betrieben.“ Immer wieder nachgefragt wird ihr Vortrag mit dem Titel „Gehörlos hörend – unterschiedliche Kulturen im Arbeitsleben.“

Aufklärungsarbeit

Verstärkt gehen auch die Kolleginnen und Kollegen von Müller-Arndt an die Schulen, informieren insbesondere Abschlussklassen über ihre Arbeit. Schließlich brauchen gerade auch schwerbehinderte Berufsanfänger die Unterstützung der Fachleute. Dem trägt nicht zuletzt das Programm „Job 4000“ Rechnung, das die Bundesregierung zur Schaffung von neuen Ausbildungsplätzen für schwerbehinderte Jugendliche Anfang 2007 gestartet hat.

Die Rückmeldungen zur Arbeit des IFD sind überwiegend positiv. Mit einem Fragebogen ermittelt der IFD Wiesbaden seit einigen Jahren die Zufriedenheit seiner Klienten. Das Ergebnis: „Fast alle würden uns weiterempfehlen und viele schreiben ein Dankeschön für ihren jeweiligen Berater darauf“, berichtet Barth, die sich dabei auf eine Rücklaufquote von 50 bis 70 % stützen kann. Bei den ebenfalls befragten Betrieben liegt die Antwortquote bei gut der Hälfte. „Und auch hier sind die Rückmeldungen sehr positiv“, fügt Barth hinzu. Einziger Wermutstropfen: Die Aufträge durch die Rentenversicherungsträger lassen zu wünschen übrig. „Aber die haben eben ihre eigenen Strukturen, der IFD ist neu für sie. Da ist noch ein Umdenken erforderlich“, sagt Barth. Viel wichtiger ist für Barth und ihre Kollegen die Erkenntnis aus der täglichen Arbeit mit den Menschen, die das Angebot des IFD nutzen: „Diese Menschen schätzen unsere Arbeit, weil sie sich als hilfreich erwiesen hat.“

Stella Dammbach



Das Team des IFD Wiesbaden (hintere Reihe, v. l.): Ellen Rackow-Lutterbüse, Heike Barth, Conny Schaefer, Faribors Kasemsadeh, (vordere Reihe, v. l.): Reinhard Goldbach, Anneliese Schuler, Claudia Müller-Arndt.

Foto: IFD Wiesbaden



Geehrt

Nach mehr als 25 Jahren als Ärztlicher Direktor der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Gießen im ZSP Mittlere Lahn ist **Prof. Dr. med. Helmut Woelk** im November von Beigeordnetem Dr. Peter Barkey in den Ruhestand verabschiedet worden. Bei seiner Verabschiedung wurde Woelk mit der Ehrenplakette des LWV in Silber ausgezeichnet. Woelk habe zur Akzeptanz der Psychiatrie in Gießen maßgeblich beigetragen, an seinen Nachfolger übergebe er ein gut aufgestelltes Haus, sagte der Beigeordnete. In Gießen entstand unter Woelks Leitung eine der ersten Suchtstationen, eine Soteria- und eine Psychotherapiestation.

Den Ehrenbrief des Landes Hessen hat **Knut Kelsch** aus dem LWV-Zielgruppenmanagement für Menschen mit seelischen Behinderungen und Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen erhalten. Kelsch engagiert sich seit mehr als 20 Jahren im Ortsverband Kassel-Wehlheiden der Arbeiterwohlfahrt für seine Mitmenschen.

Gewechselt

Nachfolger von Prof. Woelk am ZSP Mittlere Lahn ist **PD Dr. med. Matthias J. Müller**, der im November in sein neues Amt eingeführt wurde. „Wir sind sicher, dass er die beiden Häuser des ZSP Mittlere Lahn erfolgreich weiterführen wird“, war sich LWV-Beigeordneter Dr. Peter Barkey sicher. Müller ist künftig Ärztlicher Direktor der beiden Kliniken in Gießen und Marburg. Der Facharzt und Psychologe wechselte 2005 zum LWV, war zunächst im ZSP Rheinblick an leitender Stelle tätig. Zuvor arbeitete Müller in der Psychiatrischen Klinik der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz. Dort ist er noch heute in der akademischen Lehre tätig.



In den Ruhestand gewechselt ist **Werner Nolting**, der fast 30 Jahre lang dem Klinikum Weilmünster als Klinikseelsorger zur Seite stand. Am Heiligabend wurde Nolting mit einem Gottesdienst in der Klinikkapelle verabschiedet. Ansprechpartner war Nolting nicht allein für die Patienten des Klinikums mit all seinen Betriebszweigen, auch den Bewohnern des Weilburger Stiftes und einer weiteren Einrichtung war der Pfarrer ein geschätzter und vertrauter Mitmensch.

Aufgefallen

Reges Interesse an betriebswirtschaftlichen Steuerungselementen hat **Stefan Schmalz**, Funktionsbereichsleiter im Servicebereich Datenverarbeitung der LWV-Hauptverwaltung, bei den



Foto: Reed Exhibitions Deutschland GmbH

Teilnehmern des jährlichen Kongresses „Moderner Staat“ ausgemacht. Im November stellte der Informatiker bei der bundesweit größten und wichtigsten Informationsplattform für Verwaltungsinnovationen den Wandel des LWV von der Behörde zum modernen Service-Partner vor. Das Integrierte Berichtssystem beim LWV zeige sich komplexen Datenstrukturen und großen Datenmengen gewachsen, sagte Schmalz, die Akzeptanz bei den Nutzern sei „hervorragend“.

Im Kreise zahlreicher Gäste hat der Betriebsleiter des ZSP Philipphospital, **Kurt Ernst**, seinen 60. Geburtstag gefeiert. Die Politik war dabei ebenso vertreten wie Mitarbeiter, Freunde, Sportkameraden und Weggefährten des Riedstädters, der seit einigen Jahren auch als Sprecher der Betriebsleiter und

Geschäftsführer aller LWV-Einrichtungen fungiert. Die Gespräche während der Feier – auch mit Landesdirektor Uwe Brückmann – dürften allerdings ausnahmsweise einmal nicht dienstlicher Natur gewesen sein.

Den Texten, die **Hans-Josef Becker**, Darmstädter Regionalmanager im Zielgruppenmanagement Kriegsopferfürsorge dienstlich erzeugt, merkt man an, dass sie sich nicht lediglich im mitunter trüben Gewässer des Amtsdeutschen tummeln. In seiner Freizeit ist Becker süd-hessischer Heimatgeschichte auf der Spur. Im November konnte er vor stattlichem Publikum ein Druckwerk präsentieren, für das er die Schriftleitung besorgte. In „Heimat am Strom“ wird auf über 500 Seiten viel Wissens- und Lesenswertes über Beckers Heimatstadt Gernsheim zusammengetragen. Becker wäre nicht Becker, hätte er nicht selbst auch einige launige Artikel beige-steuert. (jda)

Verstorben

Im vergangenen Dezember verstarb im Alter von 83 Jahren der langjährige Ärztliche Direktor der kinder- und jugendpsychiatrischen Klinik in Idstein, **Dr. Ulrich Albrecht**. Albrecht stand der Klinik von 1972 bis 1986 vor, in dieser Zeit zog sie von Idstein nach Eltville um. Nicht nur für „seine“ Klinik leistete der „Pionier und anerkannte Nestor der kinder- und jugendpsychiatrischen Kliniken des Verbandes“ wichtige Aufbauarbeit, sagte Beigeordneter Dr. Peter Barkey bei der Trauerfeier. Auch die anderen Kliniken hätten vom Fachwissen und der Fähigkeit Dr. Albrechts zur Wissensvermittlung profitiert.



Foto: privat

Dr. Eberhard von Gudenberg, von 1973 bis 1984 Pressereferent des LWV, ist tot. Er verstarb im vergangenen November im Alter von 82 Jahren. Neben seiner Berufstätigkeit, verstärkt nach seiner Pensionierung, widmete sich von Gudenberg der Geschichte seiner nordhessischen Heimatregion und wurde dafür im vergangenen Jahr mit dem Ehrenbrief des Landes Hessen ausgezeichnet. (jda)

Abschlussprüfung zur/zum Verwaltungsfachangestellten

Hauptverwaltung Kassel

Ute Garber | Silvia Pascazio | Rita Werner

Abschlussprüfung zur Verwaltungsfachwirtin/zum Verwaltungsfachwirt

Hauptverwaltung Kassel

Sabine Koch

25-jähriges Dienstjubiläum

Hauptverwaltung Kassel

Barbara Schmitt, Technischer Angestellter | Karin Krause, Verwaltungsangestellte | Ulrich Merz, Technischer Angestellter | Jutta Wenzel, Stenotypistin

Regionalverwaltung Darmstadt

Brigitte Kelnhofer, Oberinspektorin

Regionalverwaltung Wiesbaden

Peter Josef Vogel, Verwaltungsangestellter

ZSP Haina (Kloster)

Ruth Molle, Angestellte i. d. Beschäftigungstherapie

ZSP Kurhessen, Bad Emstal

Andreas Mertz, Krankenpfleger | Sigrid Rabanus, Verwaltungsangestellte | Ingrid Wachenfeld, Hauswirtschaftsleiterin | Rolf Schröder, Gymnastiklehrer

ZSP Mittlere Lahn, Marburg

Dietlinde Wienke, Arzthelferin | Birgit Hartmann, Arztschreibkraft

ZSP Rehbergpark gGmbH, Herborn

Jörg Gintner, Koch | Heike Hecker, Verwaltungsangestellte | Felix Decker, Gärtner

ZSP Rheinblick, Eltville

Graziella Scarascia, Hausgehilfin | Manuela Staack, Krankenschwester

Klinikum Weilmünster gGmbH

Margarethe von der Heiden, Hausbotin

Johann-Peter-Schäfer-Schule, Friedberg

Monika Brünler, Erzieherin

Stiftungsforsten Kloster Haina

Manfred Michel, Verwaltungsangestellter

40-jähriges Dienstjubiläum

Hauptverwaltung Kassel

Heinz-Otto Kappauf, Oberamtsrat

ZSP Haina (Kloster)

Helmut Noll, Gruppenleiter (ATZ) | Dieter Hecker, Gruppenleiter (ATZ) | Harry Ernst, Angest. i. d. T. eines Erziehers (ATZ) | Hartmut Vöhl, Amtsrat

ZSP Kurhessen, Bad Emstal

Irmgard Rockahr, Fachkrankenschwester | Hannelore Kunold, Kochfrau

ZSP Mittlere Lahn, Marburg

Manfred Dingeldein, Ltd. Unterrichtspfleger

ZSP Rheinblick, Eltville

Ellen Feistner, Stellv. Stationschwester

Im Ruhestand

Hauptverwaltung Kassel

Ingrid Schubach, Raumpflegerin | Hannelore Albrecht, Verwaltungsangestellte

Regionalverwaltung Wiesbaden

Helmut Kirschner, Verwaltungsangestellter

ZSP Haina (Kloster)

Anneliese Paulitschke, Hausgehilfin | Helga Bürmann-Reuter, Assistenzärztin | Helmut Holzapfel, Krankenpfleger

ZSP Kurhessen, Bad Emstal

Irmtraud Brückmann, Dipl.-Psychologin | Sang-Ye Yu, Krankenpflegehelferin

ZSP Mittlere Lahn, Marburg

Walter Schmid, Krankenpflegehelfer | Anna Maria Heck, Stationshilfe | Heidrun Baumann, Krankenschwester | Manfred Schusser, Kraftfahrer

ZSP Philippshospital, Riedstadt

Angelika Niems, Erzieherin HPE | Gerda Sielaff, Ergotherapeutin KPPKJ

ZSP Rheinblick, Eltville

Karin Morisse-Lowitsch, Ärztin | Axel Münzer, Handwerker | Wilhelm Dörr, Verwaltungsangestellter | Günther Röhrig, Stellv. Personalleiter

Klinikum Weilmünster gGmbH

Hans-Jürgen Walter, Päd. Leiter HPE

Johannes-Vatter-Schule, Friedberg

Adelheid Meub, Hausgehilfin

Ehrenplakette in Silber

Prof. Dr. Helmut Woelk, Leitender Medizinaldirektor a. D., ehem. Ärztlicher Direktor der KPP Gießen, ZSP Mittlere Lahn

Neue Namen – Neue Positionen

Frank Wille, Vertrauensperson der schwerbehinderten Menschen, Hauptverwaltung Kassel | Stefan Schmalz, Stellvertretender Leiter des Servicebereichs Datenverarbeitung, Hauptverwaltung Kassel

Wir trauern

Rosemarie Brandt, Hausgehilfin, Johann-Peter-Schäfer-Schule, Friedberg | Inka Schwab-Schließmann, Stellv. Krankenpflegedirektorin, KPPKJ Riedstadt

Die Personalien werden uns von der Personalabteilung der LWV-Hauptverwaltung und den LWV-Einrichtungen direkt geliefert. Die Redaktion trägt für diese Rubrik keine inhaltliche Verantwortung.

LWV im Dialog

Den vollständigen und aktuellen LWV-Veranstaltungskalender finden Sie unter www.lwv-hessen.de

20. März 2007 - 9.30 bis 14.30 Uhr | „Gute Arbeit – trotz Behinderung!“ – Tagung für Vertreter schwerbehinderter Menschen in Hessen | Veranstalter: Sozialverband VdK Hessen-Thüringen und Integrationsamt des LWV | Veranstaltungsort: Ederberglandhalle Franckenberg | Weitere Infos: 05 61/10 04-21 29 oder E-Mail: marlit.reis@lwv-hessen.de | Teilnehmerkreis: Schwerbehindertenvertrauenspersonen, Arbeitgeber bzw. deren Beauftragte, Betriebs- und Personalräte

28. März 2007 - 9.30 bis 14.30 Uhr | „Gute Arbeit – trotz Behinderung!“ – Tagung für Vertreter schwerbehinderter

Menschen in Hessen | Veranstalter: Sozialverband VdK Hessen-Thüringen und Integrationsamt des LWV | Veranstaltungsort: Bürgerhaus Hausen in Obertshausen | Weitere Infos: 05 61/10 04-21 29 oder E-Mail: marlit.reis@lwv-hessen.de | Teilnehmerkreis: Schwerbehindertenvertrauenspersonen, Arbeitgeber bzw. deren Beauftragte, Betriebs- und Personalräte

28. März 2007 - 14 bis 18 Uhr | Teilleistungsstörungen (Legasthenie, Dyskalkulie und familiäre Belastung) – 16. Herborner Arbeits- und Begegnungsforum / Veranstalter: ZSP Rehbergpark Herborn gGmbH, Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie des Kindes- und Jugendalters, Austraße 40, 35745 Herborn / Veranstaltungsort: Festsaal des ZSP Rehbergpark / Weitere Infos: 0 27

72/5 04-12 66 oder E-Mail: herbert.seitz-stroh@rehbergpark.com / Teilnehmerkreis: Fachpublikum

30. März 2007 - 20 Uhr | Mundstuhl Tour 2007 – Comedy / Veranstalter/ Veranstaltungsort: KUZ-Eichberg, Bürgerhaus, 65399 Kiedrich | Weitere Infos: 0 61 23/6 02-6 52 oder www.kuz-eichberg.de

4. April 2007 - 15 bis 17.15 Uhr | ADHS – Fortbildungsveranstaltung der Klinik Rheinhöhe 2007 | Veranstalter/Veranstaltungsort: ZSP Rheinblick, Festsaal, Kloster-Eberbach-Straße 4, 65346 Eltville / Weitere Infos: 0 61 23/6 02-3 63 oder E-Mail: d.mallmann@zsp-rheinblick.de

Neu erschienen

- LWV Hessen: „Integration hörgeschädigter Kinder in Kindertageseinrichtungen. Informationen für Erzieherinnen und Erzieher“, Broschüre 2006
- Uta George u.a. (Hrsg.): „Hadamar. Heilstätte, Tötungsanstalt, Therapiezentrum“, Marburg 2006, 512 Seiten mit zahlreichen Abbildungen, Preis: 24,80 Euro
- Funktionsbereich Archiv, Gedenkstätten, Historische Sammlungen: „Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen“, Faltblatt 2007
- Landkreis Kassel/LWV Hessen: „Betreuungsangebote im Bereich Wohnen für Menschen mit geistiger und/oder Mehrfachbehinderung“, Faltblatt 2007

| Die Publikationen können zum Teil unter www.lwv-hessen.de heruntergeladen werden. Sie sind als Printausgaben im Servicebereich Öffentlichkeitsarbeit erhältlich.
Tel.: 05 61 / 10 04 – 20 60,
E-Mail: iuk@lwv-hessen.de.

Phil Hubbe VIII



IMPRESSUM

LWV-Info. Zeitschrift des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen

Herausgeber:

Landeswohlfahrtsverband Hessen
Öffentlichkeitsarbeit - Pressestelle
Ständeplatz 6 - 10, 34117 Kassel
Tel.: (05 61) 1004 - 22 13 / 23 68/25 36
Fax: (05 61) 1004 - 26 40
pressestelle@lwv-hessen.de
www.lwv-hessen.de

Redaktion:

Jörg Daniel (jda) (verantwort.)
Rose-Marie von Krauss (rvk)

Redaktionsmitarbeit:
Monika Brauns (mbr)
André Letzing (ale)

Satz und Druck:

Grafische Werkstatt von 1980 GmbH, Kassel

Redaktionsschluss: 31. Januar 2007
Nächster Redaktionsschluss:
31. März 2007

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

Texte dieser Zeitschrift – auch Auszüge – dürfen nur unter Angabe der genauen Quelle und gegen Übersendung eines Belegexemplares genutzt werden. Das LWV-Info finden Sie unter www.lwv-hessen.de auch im Internet. Abonnementsbestellungen richten Sie bitte an die obige Anschrift.